

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1932**

121 (27.5.1932)

# Volkstreu und

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10gepostete Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Restame-Millimeterzeile kostet 10 Pfennig. Die Wiederholung nach Tarif, bei der die Abrechnung des Tagesrates, bei geschäftlicher Beteiligung und bei Anzeigen außer Kraft tritt. Die Abrechnung nach Tarif. Die Restame-Millimeterzeile kostet 10 Pfennig.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,62 Mark, vierteljährlich 4,86 Mark, halbjährlich 9,72 Mark, jährlich 19,44 Mark. Durch die Post 2,35 Mark. Einzelverkauf 10 Pfennig. Der Abnehmer trägt die Postgebühren. Die Redaktion: Karlsruhe, Bismarckstraße 28. Fernruf 2020/2021. Die Druckerei: J. B. Metzger, Durlach, Hauptstr. 6. B. Baden, Tagblattverlag 12. Karlsruher Straße 7. Druckerei: Karlsruher Straße 7.

Nummer 121

Karlsruhe, Freitag, den 27. Mai 1932

52. Jahrgang

## Deutsche politische Schmach

### Saalschlacht im preußischen Landtag

#### Zwischen Nazis und Kozis - Sie wollen das Parlament zur Kaskasche machen

„Gib nur erst acht, die Bestialität  
Wird sich gleich herrlich offenbaren!“  
Fautz 1. Auerbachkeller.

Die Bestialität hat sich gar herrlich offenbart: 24 Stunden lang haben die SA-Kolonnen des preußischen Landtags, zum Schein nationalsozialistische Landtagsfraktion genannt, so etwas wie Manieren und Disziplin geübt, bis die Präsidialwahl vorbei war und sie — man muß es aussprechen — auf einer übergroßen Vertrauensseligkeit des Zentrums und auf der schamlosen Verrätherlichkeit der Kommunisten das Landtagspräsidium in der Tasche hatten. Dann ging der Spektakel los, und er nahm Dimensionen an, die auch den größten Besinnungslosen übersteigen.

Die zweite Sitzung des preußischen Landtags ist auseinandergefallen mit einer Saalschlacht, bei der es drei Schwerverletzte und eine Anzahl Leichtverletzte gegeben hat, an deren Ende der Sitzungsal des Landtags einem Trümmerfeld gleich und einem Anblick bot, der wahrlich als Symbol gewertet werden darf. So sieht das aus, was der Faschismus aus dem Parlament machen will!

Nach sind die politischen Folgen dieses vandalischen Aktes ungemessen. Dagegen bestehen über den Hergang selbst keinerlei Zweifel. Er begann mit einer ungeheueren Provokation der Nationalsozialisten, und wenn auch das kommunistische Verhalten nicht ohne Mißbrauch an der Entwicklung der Dinge ist, so zeigt doch das ganze Vorgehen der Nationalsozialisten, daß sie von ihrer Seite von vornherein auf Provokation angelegt war.

Nach der Erledigung der Präsidialwahl behandelte der Landtag die Festlegung der Mitgliederzahl einer Anzahl von Ausschüssen und die Ueberweisung verschiedener dringlicher Anträge zur sofortigen Behandlung an diese Ausschüsse. Eine völlig harmlose Angelegenheit, über deren sachliche Erledigung im so weniger Differenzen bestanden, als sie am Vormittag im Kesttenrat zwischen allen Parteien vereinbart worden war.

Plötzlich meldete sich der nationalsozialistische Abgeordnete Freisler zur Geschäftsordnung und verlangte die sofortige Konstituierung des von den Nationalsozialisten schon vor einigen Tagen beantragten Untersuchungsausschusses über die Justiz. Schon an sich war dieser Antrag ein Bruch der Verfahrensregeln, da im Kesttenrat ursprünglich ausgemacht worden war, daß alle Anträge, deren sofortige Behandlung gewünscht wurde, bis 1 Uhr eingereicht sein sollten, tatsächlich aber es schon um 6 Uhr nachmittags ging. Mit diesem Wort hatten die Nationalsozialisten im Kesttenrat das von Freisler mit wilder Pathetik vorgetragene Verlangen erwählt!

Nach provokierender aber war die Art, wie Freisler seinen Antrag begründete: Er habe eben ein Telegramm erhalten, daß in dem Prozeß gegen die Totschläger von Hunderswagen der Staatsanwalt Zuchthausstrafen von 7—9 Jahren gegen die Täter beantragt habe. Dieser Antrag des Staatsanwalts sei so ungeheuerlich, daß sofort dagegen das Parlament Stellung nehmen müsse. Dies trug er inmitten einer Flut von Beschwörungen der Justiz vor.

Gegen diesen Antrag nahm der sozialdemokratische Abgeordnete Heilmann das Wort. Obwohl er mit geradezu vorwärtiger Ruhe und Sachlichkeit sprach und jede Schärfe des Ausdrucks unterließ, wurde seine Rede von den Nationalsozialisten systematisch niedergedrückt. Nach jedem Satz mußte Heilmann minutenlang pausieren. Er führte aus: Die Angeklagten, von denen Freisler redete, hätten den Tod von drei Menschen verursacht, darunter den Tod des Bruders des hier anwesenden Fraktionskollegen Fries-Röhl. Schon dieser Umstand hätte Herrn Freisler zu etwas mehr Zurückhaltung veranlassen sollen (johlendes Gelächter der Nazis). Ueber die Schuld der Täter würde in den nächsten Stunden das Gericht entscheiden. Was aber die Nationalsozialisten hier vom Landtag verlangten, sei ein ungeheurer Eingriff in die Rechtsprechung, in ein schwebendes Verfahren.

Der Nationalsozialist Kube antwortete in einer noch viel wilderen Rede, als sie Freisler gehalten hatte. Um den Weltfrieden zu stellen, genügt es, den Satz niederzuschreiben, mit dem dieser „künftige Ministerpräsident“ seine Ausführungen abschloß: „90 Prozent aller Staatsanwälte verdienen wegen Rechtsbeugung selber auf die Anklagebank gesetzt zu werden.“ Der nächste Redner war der Kommunist Fied. Beim zweiten oder dritten Satz seiner Rede brach der Tumult los. Fied erklärte, daß Kommunisten viel härter bestraft würden als Nationalsozialisten. Uebrigens hätten die Nationalsozialisten die Kommunisten: „Femeiduld, Feines!“ Darauf erhoben sich mehrere Arbeitermörder in ihren Reihen. Hierzu riefen die Kommunisten: „Femeiduld, Feines!“ Darauf erhoben sich mehrere Arbeitermörder in ihren Reihen. Hierzu riefen die Kommunisten: „Femeiduld, Feines!“ Darauf erhoben sich mehrere Arbeitermörder in ihren Reihen. Hierzu riefen die Kommunisten: „Femeiduld, Feines!“

gen nun gleichfalls auf die Rednertribüne und stellten sich um Fied auf. Soweit war ihr Verhalten durch die Situation gerechtfertigt. Oben gab es dann eine erregte Schimpferei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, in deren Verlauf der Kommunist Fränken aus Rheid dem Nationalsozialisten Finkler einen Schlag versetzte.

Wären die Nationalsozialisten eine disziplinierte und parlamentarische Fraktion, so hätten sie für diesen Uebergriff ohne weiteres parlamentarische Sühne verlangen können, zumal ihnen am Mittwoch das Präsidium zugefallen war. Statt dessen war für sie dieser Vorfall das Signal zur allgemeinen Schlägerei. Die gesamte nationalsozialistische Fraktion von 160 Mann, fast durchweg jüngere und — scheinbar hauptsächlich nach körperlichen Qualitäten ausgesuchte Männer, setzten sich in Bewegung, stürmten über die Bänke der Mittelparteien hinweg auf die Kommunisten zu und schlugen mit allen erreichbaren Gegenständen auf die in hoffnungsloser Minderzahl sich befindlichen Kommunisten ein. Dabei wurden Brustschützen und Bulddel, sogar die schweren auf der Ministerstraße stehenden Leberjess, von denen ein halbes Dutzend nachher demostriert im Saal lagen, als Waffen verwendet. Leber erhielt bei dieser Gelegenheit auch der gänzlich unbeteiligte sozialdemokratische Fraktionssekretär Jürgensen, während er sich bemühte, das Material der Fraktion in Sicherheit zu bringen, durch Wurzelnisse außerordentlich schwere Kopfverletzungen, die seine Ueberführung in das Krankenhaus notwendig machten. Zeitweilig hatte Jürgensen die Besinnung verloren.

Als es den Nationalsozialisten gelungen war, die Kommunisten aus dem Saal zu prügeln, sammelten sie sich und stimmten unter Führung des Abgeordneten Kohje (bekannt durch den Fall Franzen) das Horst-Wessel-Lied an und brachen in Heulrufe aus. Die Mitglieder der anderen Parteien hatten von Scham und Furcht über dieses schmachvolle Vorkommnis erfüllt, nach und nach den Saal verlassen. Sonderners auf das Zentrum machten die Vorfälle tiefsten Eindruck. Vielfach hörte man Zentrumsabgeordnete untereinander die Frage aufwerfen, ob denn auch nur der Gedanke über die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens mit dieser verbrecherischen Horde bestehe. Die Sozialdemokratie berief sofort eine Fraktions-sitzung ein, in der die Vorfälle, wie hier dargestellt, durch völlig übereinstimmende Aussagen der Fraktionsmitglieder festgelegt wurden. Die Sitzung wurde durch eine Tagung des Kesttenrats unterbrochen.

Eins steht allerdings fest: Am Mittwoch hat sich der Faschismus im preußischen Landtag in seiner nackten Gestalt der Brutalität gezeigt. Das von Gregor Straker proklamierte „Gaufrecht“ ist von den Nazis dazu ausgereut, das parlamentarische Recht und jede parlamentarische Gesittung zu zerstören. Weiten Kreisen des preußischen Volkes dürften allge-

mach die Augen aufgehen, was sie mit dieser Wahl vom 24. April angerichtet haben.

### Entschlußloser Kesttenrat

In der Sitzung des Kesttenrats des Preußischen Landtags, die nach der Saalschlacht stattfand, gaben Nationalsozialisten und Kommunisten eine Erklärung ab, daß ihnen an der Klärung der Schuldfrage nichts gelegen sei und daß sie ein Einreisen der Polizei nicht wünschten. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie angesichts der Verwundung des Abg. Jürgensen und des ganzen Tatbestandes sich nicht damit abfinden könnten, daß die Beileideten erklärten, sie seien ohne weiteres Interesse. Eine ähnliche Erklärung wurde vom Zentrum abgegeben. Beschlüsse wurden vom Kesttenrat nicht gefaßt. Der Kesttenrat wird am 1. Juni eine neue Sitzung abhalten, um sich nochmals mit der Angelegenheit zu befassen. Die nächste Plenarsitzung findet am 1. Juni statt.

### Erklärung der SPD-Fraktion

Die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtags beschloß, zu der Saalschlacht im Landtag folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„Die sozialdemokratische Landtagsfraktion verurteilt aufs schärfste die brutale Rohheitsorgie, deren Schauplatz am Mittwoch der preußische Landtag gewesen ist und deren Opfer auch ihr völlig unbeteiligter Fraktionssekretär Jürgensen geworden ist. Die Schuld an den blutigen Zusammenstößen tragen in gleichem Maße die Nationalsozialisten wie die Kommunisten, die Nationalsozialisten durch planmäßige Provokationen und Bedrohung des kommunistischen Redners, die Kommunisten durch Führung des ersten Schlags.“

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion protestiert aufs schärfste gegen die Kaufbolmanieren der extremen Parteien und fordert unbedingte Sicherstellung der Freiheit und Gewaltlosigkeit der Verhandlungen der Volksvertretung.“

### Nazi und Kozis geben „Erklärungen“ ab

#### Die Nazis

Die nationalsozialistische Fraktion des Preußischen Landtags gibt über die Vorgänge in der Mittwochssitzung eine umfangreiche Erklärung heraus. Die kommunistische Partei habe es offenbar auf eine bewusste Provokation der nationalsozialistischen Fraktion abgesehen. Anschließend betont die Fraktion, daß sie durch ihr diszipliniertes Auftreten in der Dienstag- und Mittwochssitzung bewiesen habe, daß sie den Preußischen Landtag arbeitsfähig erhalten wolle. Als man aber den Fraktionsgeschäftsführer Finkler ohne jeden Anlaß mitten ins Gesicht schlug, sei der Fraktion nichts anderes übrig geblieben, als zur Notwehr gegen den organisierten schweren Landfriedensbruch der kommunistischen Fraktion zu greifen. Die NSDAP ist entschlossen, nur mit gleichmäßigen Mitteln die Macht und die Verantwortung an sich zu bringen. Wo man ihr

## Hetze gegen Brüning

### Die Krisenmacher am Werk

Wieder einmal ist in der Reichspressse seit Tagen ein ungeheures Kesseltreiben gegen den Reichskanzler im Gange. Das Ziel ist, durch Einwirkungen auf Hindenburg, die Regierung Brüning zu stürzen.

Der Zug begann mit der Ankündigung, daß Brüning von seinem Amt als Reichswehrminister zurücktreten werde. Sofort witterte man Morgenluft, und seitdem verkehrt kaum ein Tag, an dem Nazis und Deutschnationale den Reichspräsidenten, der gegen sie und trotz ihrer üblen Wahlaktion am 10. April wieder gewählt wurde, nicht um die Entlassung Brüning anflehen. Täglich gehen dem Reichspräsidenten ganze Zeitungsblätter mit gebälligen Angriffen gegen die Regierung Brüning zu und zugleich spielt fortgesetzt der Draht nach Neudeck in der Absicht, das Vertrauen des Reichspräsidenten zum Reichskanzler systematisch zu untergraben. Diefem Ziel haben sich neuerdings die Deutschnationalen weitgehend in einem offiziellen Telegramm an den Reichspräsidenten angeschlossen. Sie beschwören Hindenburg, den Reichspräsidenten gegen die Regierung nicht länger zu folgen und die in Aussicht genommenen Maßnahmen des Reichskabinetts nicht zu billigen. Wie Deutschland und seinem Volke schließlich zu helfen ist, macht den Herrschaffen keinen Kummer. Wie immer, so regieren sie auch jetzt alles, ohne den geringsten Rückschlag oder Vorstoß, wie es besser gemacht werden könnte.

Die Auswirkung dieser systematischen Hetze ist im Augenblick noch nicht zu übersehen. Noch können wir uns nicht vorstellen, daß der Reichspräsident ihr auch nur irgendwie nachgeben wird. Aber

darüber muß aus in- und außenpolitischen Gründen schnellstens die notwendige Klarheit geschaffen werden. Aus diesem Grunde dürfte der Reichskanzler den Reichspräsidenten am Sonntag sofort nach seiner Rückkehr aus Neudeck über die gegenwärtige politische Lage und seine Pläne ausführlich Bericht erstatten, und damit zugleich die Vertrauensfrage verknüpfen. Die hässliche Entschlebung über das weitere Schicksal Deutschlands wird damit zugleich in die Hände des Reichspräsidenten gelegt.

Der Reichspräsident fährt am Sonntag von seinem Erholungsurlaub aus Neudeck zurück. Mittags 12 Uhr wird er den Reichskanzler zum Vortrag empfangen. Diese Befragung wird Klarheit darüber schaffen, ob die Hetze der Rechtsopposition gegen Brüning erfolgreich gewesen ist oder ob der Reichskanzler nach wie vor das uneingeschränkte Vertrauen des Reichspräsidenten besitzt.

Inzwischen ist der Reichspräsident durch seinen Staatssekretär über die nächsten Pläne des Reichskanzlers informiert worden. Im Verlauf dieser Unterredung hat Hindenburg gewisse Änderungen an dem Entwurf der neuen Notverordnung angedeutet, denen die Reichsregierung entsprechen will. In unterrichteten politischen Kreisen schließt man daraus, daß der Reichspräsident keineswegs daran denkt, die neuen Notverordnung nicht gegenzuzeichnen und er in der innen- und außenpolitischen Zielsetzung nach wie vor mit dem Reichskanzler übereinstimmt. Das trifft jedoch keineswegs für das gesamte Kabinett zu. Man rechnet deshalb nicht nur mit einer Ergänzung der gegenwärtigen Regierung Brüning, sondern mit einer Umbildung, bei der Brüning auch als Innenminister nicht mehr in Betracht kommen soll.

aber Gewalt entgegensteht, da ist sie ebenso entschlossen und bereit, unter Ironie und Spott die geistlich zulässigen Notwehr die Gesetzmäßigkeit ihres Handelns sicherzustellen. Das ist um so notwendiger, als nach den Vorfällen von einem sozialdemokratischen Abgeordneten erklärt wurde, das nächste Mal würde die SPD. Pistolen mitbringen.

**Die Nazis**

Die kommunistische Fraktion gab eine Erklärung zu den Vorfällen heraus, in der sie ausführte: im Reichstagsklub habe der Zentrumskoordinator Steger erklärt, die gesamte Zentrumskoalition hätte in ihrer vorausgesetzten Sitzung einstimmig ihre heftige Erregung über das Verhalten der Nationalsozialisten zum Ausdruck gebracht, die die eigentlichen Urheber des Kampfes seien, in dem sie gegen den kommunistischen Redner auf der Tribüne vordrängen, um ihn anzugreifen. Es sei verständlich, wenn die Kommunisten ihnen entgegenritten, um ihren Redner zu schützen. Demgegenüber habe im Reichstagsklub der sozialdemokratische Vertreter den Kommunisten die Schuld aufgegeben wollen, mit der Behauptung, ein Kommunist hätte zuerst geschlagen und auch der Zentrumsredner den „Kommunisten“ sei nicht von Sozialdemokraten, sondern von Kommunisten gemacht worden. Aber der sozialdemokratische Vertreter habe bestätigen müssen, daß die Nationalsozialisten den Angriff auf den kommunistischen Redner Bied mit dem Ruf „Raus, holt den Bied runter!“ eingeleitet hätten.

**Die Verletzten bei der NSDAP**

Aus Kreisen der nationalsozialistischen Landtagsfraktion wird dem NSD-Büro erklärt, daß bei der Schlägerei im Preussischen Landtag auch vier nationalsozialistische Abgeordnete verletzt worden seien. Der Geschäftsführer der Fraktion, Abg. Hinkel, habe eine Verletzung am linken Ohr davongetragen, der Abg. Wehner-M. Preußen sei durch einen Wurf mit einem schweren Stuhl am Hinterkopf verletzt worden, während der Abg. Doleg eine Verletzung an der Hand erlitten habe. Reichler verletzt sei der Abgeordnete Kunze.

**Die politischen Auswirkungen**

NRN, Berlin, 26. Mai. Die Vorgänge im Preussischen Landtag wurden noch bis in die späten Abendstunden in parlamentarischen Kreisen lebhaft diskutiert. Die Polizei wird erst eine Untersuchung einleiten, wenn von sozialdemokratischer Seite ein Straftrag eingeht. Das Präsidium wird wahrscheinlich vorher unter sich Fühlung nehmen und dabei auch die Frage erörtern, wie man verhindern kann, daß sich in der nächsten Landtagssitzung noch schlimmere Szenen abspielen, als heute. Die Unfähigkeit wirkt sich auch in der Beurteilung der politischen Situation aus. Während man nachmittags nach dem reibungslosen Verlauf der Verhandlungen im Landtag die Koalitionsfragen etwas optimistischer beurteilt, wurden die Fragen bezüglich einer Regierungsbildung in Preußen am Abend insbesondere in Kreisen der Zentrumskoalition außerordentlich heftig diskutiert. Das Bestreben des Zentrums geht nun offenbar dahin, eine Klärung und Beruhigung abzuwarten.

**Präsidium des Preussischen Landtages**

Die zweite Plenarsitzung des neuen preussischen Landtages brachte die Wahl des Präsidiums. Zum Präsidenten des Landtages wurde Abg. Kersch (NSD.) mit 262 Stimmen gewählt. Erster Vizepräsident wurde mit 167 Stimmen der Sozialdemokrat Wittmann, zweiter Vizepräsident mit 254 Stimmen der Zentrumskoordinator Baumhoff. Zum dritten Vizepräsidenten wurde mit 254 Stimmen Abg. v. Kries (Dnt.) gewählt. Alle Gewählten nahmen die Wahl an.

**Wer bezahlt den Schaden?**

Bei dem politischen Raschmentreiben zwischen den Nazis und Nazis im preussischen Landtag, ist ganz erheblicher Sachschaden angerichtet worden. Die Frage muß schon gestellt werden: Wer bezahlt den Schaden? Wir würden es für richtig halten, wenn die sozialdemokratische Fraktion beim Wiederzusammentritt des Landtages einen Antrag einbringen würde, der fordert, daß der Sachschaden den Mitgliedern der nationalsozialistischen und der kommunistischen Fraktion von ihren Diäten abzugsweise wird. Wie kommen die Steuerzahler dazu, den Schaden zu tragen.

**Tschechoslowakei verbietet faschistenorganisation**

Zahlreiche Verhaftungen und Verbündungen zu Hitler-Vertrauensmann

Prag, 26. Mai. Die Regierung der Tschechoslowakei hat die Bezirks- und Polizeiamter angewiesen, die illegalen Organisationen der tschechischen faschistischen Jungmannschaften unverzüglich aufzulösen.

Auf Grund dieser Anweisung wurden in dem Büro der Faschistenbewegung und bei den Faschistenführern in Prag Hausdurchsuchungen vorgenommen. Das beschlagnahmte Material ist so umfangreich, daß es auf einem Lastauto zur Polizeidirektion geführt werden mußte. Zahlreiche höhere Staatsbeamte sind als Faschisten kompromittiert.

Viele Personen, darunter der Bruder des ehemaligen Generals Gajda, wurden verhaftet.

Gegen die Faschistenführer wurde Strafanzeige erstattet, da festgestellt ist, daß ihre Sturmtropps in Südböhmen Handgranatübungen veranstaltet haben. Der Exgeneral Gajda wird ebenfalls vor Gericht gestellt, da er mit Hitlers Vertrauensmann, dem Fabrikanten Schmidt-Münchberg, in Verbindung stand.

In 30 Provinzstädten, wo auch Hausdurchsuchungen vorgenommen wurden, konnte ebenfalls viel belastendes Material beschlagnahmt werden.

**Schlägerei im Danziger Volkstag**

NRN, Danzig, 25. Mai. In der heutigen Sitzung des Volkstages kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem nationalsozialistischen Abg. Greiser und dem Sozialdemokraten Reikner. Andere Abgeordnete trennten die Streitenden. Die Tribünen mußten geräumt werden.

**Vom Schicksal ereilt**

Darmstadt, 25. Mai. (SP.) Der SA-Führer Otto Stier, der vor einiger Zeit zwei Kommunisten erschossen hat, ohne entsprechende Verurteilung zu werden, ist in der Nacht zum Dienstag vom Schicksal ereilt worden. Stier fuhr mit einem Motorrad, mit einer Beifahrerin mit solcher Geschwindigkeit auf einen nichtfahrbaren fahrenden Bauernwagen auf, daß Motorrad und Wagen in Trümmer gingen. Die Beifahrerin war sofort tot, Stier und der Führer des Bauernwagens erlitten schwere Schädelverletzungen. Stier, dem der Unterhaken und ein Auge herausgerissen waren, ist bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus gestorben.

**Regierungsfragen in Preußen**

**Vielleicht Vertagung bis zum Herbst**

Der Reichsenrat des preussischen Landtages beschloß: Die nächste Vollversammlung wird für Mittwoch, den 1. Juni, einberufen werden, um die Wahl des Ministerpräsidenten vorzunehmen, falls die Verhandlungen darüber bis dahin abgeklärt sind.

Am Donnerstag sollte zwischen Zentrum und Nationalsozialisten die erste Fühlungnahme wegen der Neubildung der preussischen Regierung vor sich gehen. Angesichts der blutigen Schlägerei im Landtag, an der die Nationalsozialisten beteiligt waren, hat das Zentrum jedoch auf diese vorläufige Fühlungnahme verzichtet.

Der Wahlkreisvorsitzende Rotsdam der Deutschen Staatspartei hat beim Reichsparlamentarischen Rat der Deutschen Staatspartei beantragt, allen Landtagsfraktionen und Landtagsabgeordneten der Staatspartei die Bildung von Regierungen mit Nationalsozialisten oder die Unterstützung von Regierungen mit Nationalsozialisten zu unterliegen. Dieser Antrag ist darauf zurückzuführen, daß die württembergische demokratische Fraktion allerdings versagt hat, mit den Nationalsozialisten über eine Regierungsbildung verhandelt hat.

NRN. Bei den politischen Besprechungen über Preußen war in der letzten Zeit wiederholt erklärt worden, Ministerpräsident Braun habe nicht die Absicht, als geschäftsführender Regierungschef weiter zu amtierem. Wie uns in parlamentarischen Kreisen erklärt wird, hatte der Ministerpräsident in Konsequenz dieser

Auffassung beabsichtigt, bereits seine Amtstätigkeit einzustellen. Die übrigen sozialdemokratischen Minister in der Preußenregierung, Grimme und Severing, wären dann diesem Beispiel nach müßig gefolgt, obwohl Severing von Anfang an anderer Ansicht gewesen sein soll. Inzwischen hatten jedoch die maßgebenden Parteiführer der SPD, beiseite, jede Handlung, auch eine negative, zu unterlassen, die geeignet wäre, den Nationalsozialisten, in denen die SPD. Staatsfeinde erblickt, zur Macht zu verhelfen. Braun werde sich der Parteiführer in Fragen und infolge des erwähnten Beschlusses die geschäftsführende Leitung des Kabinetts weiterhin ausüben.

Weiter betont man in parlamentarischen Kreisen, daß das Zentrum wie in Württemberg, so auch in Preußen nicht gemillt sein dürfte, den Nationalsozialisten die bedeutendsten staatlichen Mittel, vor allem die Polizei, in die Hand zu geben. Daraus ergäbe sich, daß die Regierungsverhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum nur dann Aussicht auf Erfolg haben könnten, wenn die Nationalsozialisten dem Zentrum die Position des Ministerpräsidenten und des Innenministers zugestehen würden. Ob es zu einer solchen Vereinbarung kommt, ist abzuwarten. Sollte eine Einigung zustande, dann dürfte die Entscheidung dem Reich fallen.

**Verurteilte Nazimörder**

**Das Urteil im Hüdswagener Mordprozess**

Wuppertal, 26. Mai. (Ein. Dr.) In dem Hüdswagener Mordprozess gegen mehrere Nationalsozialisten, die drei Kommunisten ermordet haben, wurde am Donnerstag der Väter Zuchthaus und wegen verbotenen Waffenselbstes zu 50 M. Geldstrafe, der Dachdecker Marx wegen Totschlags zu fünf Jahren Gefängnis, drei Jahren Ehrverlust und wegen verbotenen Waffenselbstes zu 50 M. Geldstrafe und der Zahnarzt Dr. Heutenkamp wegen Kaufhändels zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verurteilten sind sämtlich Mitglieder der Nazipartei. Sie bleiben in Haft.

Dem Gerichtsverfahren lag ein Vorfall am Tage der ersten Reichspräsidentenwahl zugrunde. In diesem Tag kommandierten die Nazis von Lennep einen Trupp nach Hüdswagen, der dort schwere Zusammenstöße mit Kommunisten provozierte. Der Zahnarzt Dr. Heutenkamp ging ohne jeden Anlaß mit eingestemmen Armen durch einen Trupp von Kommunisten. Infolgedessen kam es zu einer Schlägerei, in deren Verlauf Heutenkamp den Befehl zum Schießen gegeben haben soll. Ohne bestränkt zu sein, gab daraufhin der Väter Willmünd mehrere Schüsse ab, wodurch der Arbeiter Blumenberg tödlich getroffen wurde. In der Meinung, daß der Schütze sich in das Haus des Dachdeckers Marx geschlüpft hätte, soen die Kommunisten dorthin und veranlaßten die Herausgabe des Verbrechens. Marx gab nach kurzem Wortwechsel ebenfalls durch das Fenster der Hausüre mehrere Schüsse ab, wodurch der Arbeiter Mordre und der Arbeiter Fries, der Bruder des sozialdemokratischen preussischen Landtagsabgeordneten

Willi Fries-König, getötet wurde. Die Opfer der Nazimörder waren Kommunisten. Der Staatsanwalt hatte gegen Willmünd wegen Totschlags 10 Jahre Zuchthaus, gegen Mordre 8 Jahre Zuchthaus beantragt.

**Der Mörder im Fellenek-Prozess**

**Eine überraschende Wendung**

Berlin, 26. Mai. (SP.) Im Berliner Fellenek-Prozess ist eine überraschende Wendung eingetreten. Der Verteidiger der angeklagten Kommunisten teilte dem Gericht am Donnerstag mit, daß er

den Mörder des erschlagenen Arbeiters Klemke einwandlos ermittelt habe. Der Verteidiger sei als Zeuge geladen.

Er, der Verteidiger, habe ursprünglich die Absicht gehabt, gegen den mörderischen Schützen erst bei seiner Vernehmung vorzugehen. Inzwischen hätten gewisse Dinge ihn veranlaßt, schnell zu handeln. Der Verteidiger hat das Gericht, die Verhandlung zu unterbrechen. Er wäre bereit, die Staatsanwaltschaft den Täter zu nennen, müßte es aus begründlichen Gründen jedoch ablehnen, den Täter in öffentlicher Sitzung zu bezeichnen.

Das Gericht kam dem Wunsch des Rechtsanwalts nach. Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilte Staatsanwalt Richter Steinhilber mit, daß er alle notwendigen Schritte unternommen habe, um die eingehende Verhaftung des Beschuldigten durchzuführen. Es ist ein Funktionär der aufgestellten SA.

**Zentrum und Nationalsozialisten**

SPD, Stuttgart, 25. Mai. (Ein. Welta.) Die grundsätzliche Einstellung des Zentrums zur Frage einer Koalitionsregierung mit den Nationalsozialisten wird deutlich gemacht durch die parteiamtliche Begründung des Verhaltens der württembergischen Zentrumspartei bei den in den letzten Tagen mit negativem Ergebnis geführten Verhandlungen über die Bildung einer württembergischen Landesregierung. In dieser im Landesorgan des Zentrums veröffentlichten Begründung heißt es: „In der gestrigen Sitzung der Parteien wurde von den Vertretern des Zentrums eine Erklärung abgegeben, welche die grundsätzliche Auffassung der Partei über eine Regierungsbildung mit den Nationalsozialisten darlegte. Es wurde gesagt, daß die Zentrumspartei bereit ist, die Teilnahme der Nationalsozialisten an einer Regierung der bürgerlichen Parteien unter Einfluß des Zentrums zu ermöglichen und den Nationalsozialisten einen ihrer Stärke entsprechenden Einfluß im Kabinett einzuräumen. Doch sei die Partei nicht bereit, den Nationalsozialisten das Innenministerium und das Staatspräsidium zu überlassen. Die Gründe, welche das Zentrum zu dieser Haltung bewegen, liegen auf der Hand. Der Anspruch der Nationalsozialisten auf die Führung der Regierung und ein so wichtiges Ministerium wie das des Innern war schon im Hinblick auf das Stärkeverhältnis der Parteien nicht gerechtfertigt. Denn den 23 Mandaten der Nationalsozialisten würden in der Koalition sämtliche Parteien mit Ausnahme der Linken 36 Mandate der anderen Parteien gegenüberstehen. Zu diesen mehr äußeren Gründen kamen die noch wichtigeren Erwägungen politischer Natur. Man war sich im Zentrum von allem Anfang an darüber klar, was es bedeuten würde, an die Spitze einer Regierung einen Nationalsozialisten zu setzen und das Innenministerium mit dem Verfügungsrecht über die staatlichen Machtmittel und die Verwaltung ebenfalls in die Hände eines Nationalsozialisten zu geben. Wie hätte eine Partei wie die nationalsozialistische mit ihrer Stellung zum heutigen Staat und mit ihrer völligen Unerschrockenheit in verantwortungsbewusster Leistung dafür Bürgschaft leisten können, die ihr übertragenen Ämter in einem Sinn zu verwalten, welcher der Verfassung entspricht? Niemand weiß, welche Entwicklung die Dinge im Reich in den nächsten schweren Monaten noch nehmen werden. Umso mehr aber und auf jeden Fall muß die Zentrumspartei in den Ländern, wo sie Einfluß hat, dafür besorgt sein, daß die Machtmittel und die Führung des Staates in zuverlässigen Händen bleiben. Man hätte es in weiten Kreisen des Volkes nicht verstanden, wenn das Zentrum in einer mit gefährlichen Entwicklungseigenen Zeit das Ruder des Staates in die Hände überlassen hätte, die keinerlei Gewähr für einen sicheren und verantwortungsbewussten Fortgang der Staatsgeschäfte bieten konnten.“

Für die Nationalsozialisten freilich war die Forderung nach dem Staatspräsidium und dem Innenministerium ein bedingungsloses Verlangen. Die Entscheidung, mit welcher sie auf dieser Forderung bestanden, ließ das Zentrum erst recht stutzig werden. Auch einige andere von den verhandelnden Parteien hatten schwere Bedenken gegen die Pläne der Nationalsozialisten, wenigstens hinsichtlich des Innenministeriums. Man vertrat kein Geheimnis, wenn man feststellte, daß die württembergischen Nationalsozialisten in ihrem Verlangen nach dem Staatspräsidium und dem Innenministerium nicht frei waren, denn diese Forderung entspricht der

politischen Linie des Braunen Hauses, die bei den Koalitionsverhandlungen überall im Reich eingehalten werden soll. Der Wunsch der Nationalsozialisten auf das Staatspräsidium und das Innenministerium also war es, an dem die Verhandlungen scheitert sind.“

Man darf wohl annehmen, daß in dieser Erklärung des Zentrums die Gründe wiedergegeben sind, von denen es sich nicht in Württemberg, sondern auch bei seinen politischen Entscheidungsgen im Reich wie in den übrigen Ländern leiten läßt.

**Der Parteibuchbeamte**

**Er will nicht so genannt werden**

Einen Strafbefehl über 100 Mark, der wegen seiner Begründung sehr humoristisch wirkt, erhielt jüngst der verantwortliche Redakteur unseres Gothaer Parteiblattes zugestellt. Wie aus dem dem dem Schriftführer hervorgeht, ist diese Justizaktion deswegen erfolgt, weil in einem Artikel des Gothaer Volksfreund dem Parteibuchbeamten der Stadt Ohrdruf vorgeworfen worden ist, er sei ein Parteibuchbeamte.

Das Wort „Parteibuchbeamte“ ist eine Erfindung der Nationalsozialisten, die denjenigen Personen treffen, die ohne Befehl und ohne befristete Vertretung auf Grund ihrer öffentlichen Tätigkeit Beamtenstelle erhalten haben. Diese Definition trifft aber nicht nur auf den Regierungsrat Sittler, sondern genau so auf den Parteibuchbeamten der Stadt Ohrdruf zu, der von Haus aus Handlungsgehilfe war und keinerlei Beamtenlaufbahn im Verwaltungsdienst aufzuweisen hätte, als er von den Nazis zum Bürgermeister durch die Partei gemacht wurde. Daß sich dieser Marzfelder nunmehr durch die Partei eigenen Parteibuch entnommene Bezeichnung „Parteibuchbeamte“ getroffen fühlt, ist ein schlechter Witz. Kein Witz ist jedoch, daß er sich auf eine solche Anzeige eines Getränkes hin, ohne die Angeklagten auch nur zu hören, einen Strafbefehl losläßt.

Selbstverständlich hat der betreffende Redakteur gegen den Strafbefehl Einspruch erhoben und nunmehr wird sich in öffentlicher Gerichtsverhandlung zeigen, ob der Gebrauch des Wortes „Parteibuchbeamte“ ein Sonderrecht der Nazipresse ist.

**Postorenkonto im Devalheim-Prozess**

Im Berliner Devalheimprozess kam zur Erörterung der Quellen der angeklagten Faktor Cremer bei der Devalheim-Hilfskasse. Der Staatsanwalt beschuldigte den Angeklagten, daß über Mittel, die das Reich für ausgesprochen wohlhabende Zweigverfügung gestellt hätte, nach eigenen Ermessen und zum Teil auf eigenen Vorteil verfügt habe. Besonders belastend war für den Angeklagten ferner die Erörterung seiner Autokonten. Ein sachverständiger erklärte, daß sich die Gesamtbeträge Autokonten des angeklagten Faktor Cremer über einen Zeitraum von 60000 Mark belaufen hätten; Faktor Cremer habe in diesen Jahren fünf Autos gehabt — sein Sohn habe die alten Autos immer wieder durch neue ersetzt. Ein großer Fortschritt wurde er tatsächlich über einen Betrug verfügt habe, der den Angeklagten den Bedarf überdeckt habe; er will aber das überprüfende Geld für Wohlhabenszwecke und Darlehen verwenden, wenn auch zugunsten von Leuten, deren Namen er nicht angeben dürfte. . .

Troški im Exil

Konstantinopel, im Mai.

Wie mag dem ergrauten Manne summe sein, dessen Boot sich auf den blauen Wassern des Marmarameeres schaukelt und der mit langer Stummelschneise sich sinnend über die Angelegenheit beugt? Die seine Hüfte nach Weite suchend über flimmernde Wellen, aus denen phosphoreszierende Fischleiber lücheln. Der hembärmelige Fischer achtet ihrer kaum. Seine Gedanken wandern, fliehen, rufen vergangene Zeiten zurück, durchlaufen Perioden der Emigration, Jahre unterirdischer Konspirationsstätigkeit, Tage mährchenhafter Erfahrung, grenzenlosen Schicksalswehen, harter politischer Kämpfe und schwerer Niederlagen. Stalins Sieg und als Folge seine eigene Deportation ins Exil.

Der Schwärzer der Roten Armee, Freund und sichtbarster Mitarbeiter Lenins, den der zähe, mittelmäßige Georgier mit den grauen Augen zu Boden schlug, lebt auf Brinkino Island in strenger Abgeschiedenheit, hinter Gartenmauern, die seinen Durchblick verhindern. Tiefste Geheimnisse, die ihn gleichseitig zu schätzen und zu überwachen haben, umspülen den kleinen Felsen in dem Troški mit Frau und Tochter einsam baut. Besonders sind seinen und ihre Zuhörer an komplizierte Ausweise gebunden. Nur der österreichische Sekretär teilt die seitlose Verurteilung des geliebten Mannes. Ein alter Gärtner befragt die notwendigen Einzelheiten für die Küche, deren Führung Madame Troški inne hat.

Das Leben der kleinen Familie konzentriert sich in Troškis Arbeitszimmer, dessen Regale, Tische und Stühle von Büchern, Zeitschriften und Manuskripten bersten. Hier entläßt sich eine Kraftnatur, deren Dynamik nur mehr weißes Papier vorantreibt, das von eifriger Schreiftätigkeit bedeckt, sich zu Bericht und Anlage formt, zu Rückschau und Prospektivplanung.

Troški ist, wie Befugter berichtet, völlig unanebend, von hausgemachter Vitalität. Nach so niederstimmernden Schicksalsläufen, die jeden andern gebrochen hätten, blieb er aufrecht, ein Herrscher, der seine letzte Karte noch nicht ausgespielt zu haben glaubt. Eine kritische Phase des Kampfes war gegen ihn; er nimmt es ruhig hin und glaubt an ein Morgen, an eine nahe Zukunft, die ihn wieder an den entscheidenden Platz stellen wird, wenn sein heute triumphierender Gegner sich verbräutet und seine Möglichkeiten erschöpft hat.

Er spricht ohne Bitternis mit lastartlichem Humor von Stalin, dem er Rücksicht vor dem Kapitalismus vormittelt. Für seine abgeklärten Genossen, die sich dem Diktator unterwerfen, findet er erhellende Charakterisierungen, die dann in Sowjetrufstücken mit schadenfreulichem Behagen kopiert werden. Rabot und Kusarin sind seinen Genossen am meisten ausgesetzt und es mag ihr größter Schmerz sein, daß der Mann, den sie in der geheimen Kammer ihres Herzens anbeten, ihnen nun Gegner ward. Traug die Revolutionäre, daß sie Gefühle und alte Kameradschaft unweigerlich dem herrschenden Diktator opfern mußten.

Troškis Tag ist mit publizistischer Arbeit, mit dem Lesen der wichtigsten politischen Neuerscheinungen und der Weltpresse ausgefüllt. Er schreibt und diktiert flüchtig. Seine „Geschichte der russischen Revolution“ ist bis zur Beendigung des zweiten Bandes geschrieben, der das Jahr 1918 behandelt, das Jahr der deutschen Offensive, der diplomatischen Konflikte, der Interventionen der Alliierten, der Bauernaufstände und des Bürgerkrieges, aber auch der Schöpfung der Roten Armee. Das Werk geht hunderttausend Seiten über, die der Herausgeber in allen Sprachen in die Wege leitet. Der Ertrag reicht hin, um Troški, der ohnehin vermögenslos ist, den Lebensunterhalt zu sichern.

Mit der literarischen Arbeit gleichlaufend widmet sich eine umfangreiche Korrespondenz ab, deren Empfänger in Rußland und China, in Europa und Amerika zu Hause sind. „Troškisten“ in aller Welt harren der Befehle, der Aufklärung und der Ermunterung durch ihren Führer. Troški schärft Überwachung gelandete Briefe und Schriften auf illegalem Wege zu seinen russischen Anhängern, die sie in Geheimdruckereien vervielfältigen und in die Welt werfen. Se kritischer der russischen Zustände sieht, desto gemüßvoller wird das Wort von Stalin Gegenüber, und es ist sogar dem Kraut bewußt, daß ein Verlangen Stalins in einem Moment, wo es um sein Leben und die Zukunft der Sowjets geht, Troškis Stern wieder aufleuchten lassen wird.

Troški mehr es und daher mag die Quelle betrübten, die ihn mit Selbstvertrauen speist. Er läßt die Zeit für sich arbeiten, denn er hat erfahren, daß revolutionäre Führer in Amt und Würden nicht alt werden. Einmalen legt er in seinen historischen Büchern Bescheidenheit ab und in den Arbeitspausen lüftet er beim Frühstück Soluna. Der alte Jäger hat aus Mangel an Gelegenheiten den Sport entlassener Gentlemen erariffen und übt ihn mit Leidenschaft.

Seit neuester Zeit ist er bemüht, eine Aufstufungsbewilligung für Mittelmeerropa zu erlangen. Das asiatische Klima läßt ihn immer wieder an Malariaanfällen leiden und auch seine Tochter hat vor kurzer Zeit erkrankt.

Wenn die englischen Kurzes mit ihren Babys an einem sonnigen Ufer des Marmarameeres spazieren, begegnen sie zuweilen einem verlässigen Mann mit deflektierter Nase und weit geöffnetem Mund, der den goldglänzenden Kindern Grüße zuwinkt. Der Graufopf mit der Angerute und dem Fischereifisch, dessen Augen hinter scharten Umkleeläden humorig leuchten, ist ihnen vom Seben aus bekannt. Sie ahnen nicht, daß ihnen Troški gegenübersteht, Revolutionär, Staatsmann, Feldherr, Verbannter und vielleicht künftiger Vize-Präsident.

Wer hilft der Landwirtschaft?

Der Zentrumsabgeordnete Professor Friedrich Debus hat erregt, daß die Besteuerung, die der deutschen Verbaulichkeit nach die Heberhöhung der Agrarpreise ansetzt, sich auf annähernd 2 1/2 Milliarden Mark im Jahre beläuft, nach dem Gesamtmarktpreis im Wirtschaftsjahre 1930/31 bebaut haben.

Der Reichsausschussabgeordnete Georg Schmidt, Vorsitzender des deutschen Landarbeitersverbandes, hat vor reichlich Jahresfrist die bisher unüberprüften gebliebenen Bebauung aufgestellt, daß die deutsche Landwirtschaft seit der Stabilisierung der Mark an direkten finanziellen Unterstützungen, Krediten, Garantien und Beihilfen aus Mitteln des Reiches und von Preußen nicht weniger als 2582 Millionen Mark zugeflossen.

Dazu kommen noch die Aufwendungen einzelner Länder für die Landwirtschaft. Haben diese direkten und indirekten Aufwendungen der Landwirtschaft Nutzen gebracht? Darüber äußert sich ein Sachverständiger, Dr. Karl Brandt, Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin, im vorigen Jahre auf einer Tagung des Reichsausschusses der Nahrungsmittel-Großhändler wie folgt:

Die deutsche Agrarpolitik der letzten Jahre verfuhr zur Rettung von 33 000 ostdeutschen landwirtschaftlichen Großbetrieben, von denen nach den neuesten Feststellungen etwa 5000 hoffnungslos ruhmlos verbanket sind, die Preise für landwirtschaftliche Rohstoffe, besonders alle Getreidearten, mit Hilfe von Zöllen, Subventionen, Kontingenterungen und Monopolen so weit zu heben, daß ihnen die Fortführung der Wirtschaft und ein Wirtschaftserfolg ermöglicht werden. Diese Agrarpolitik hat für die deutsche Wirtschaft und die gesamte deutsche Wirtschaft verhängnisvolle Auswirkungen, die erst im Laufe von Jahren voll in die Erscheinung treten werden. Sie sind deshalb von um so gefährlicheren Konsequenzen. Fünf Millionen deutscher Bauernbetriebe bestehen im wesentlichen auf der Veredelungsproduktion. Das Defizit der deutschen Lebensmittelausfuhr beruht vorwiegend eben auf Veredelungsprodukten. Die gesamte Veredelungswirtschaft ruht unter der einseitigen Getreideschutzpolitik zusammengekauert. Die gesamte Eier- und Schlachtkörperherstellung ist eben wie die bayerische Schweinefleisch bereits in schwerster Bedrängnis gebracht. Damit wird die gesamte deutsche Bauernwirtschaft amangriffslähmend getroffen. Wenn diese Politik fortgesetzt wird, besteht innerhalb weniger Jahre eine viel hoffnungslosere Situation, als sie heute, total auf die kleine Zahl der Großbetriebe im Osten begrenzt, vorliegt, für das ganze Reich, und zwar für alle Bauernwirtschaften. Dann wird man sich nicht wundern dürfen, wenn eine ungezählte Milliarden Mark erfordernde Weisheit aufatmet.

Dieses Urteil ist durch die Tatsachen voll und ganz bestätigt worden. Die Vieheschutzpolitik zwang den Großlandwirtschaftler hat nicht nur die Massennot unter der städtischen Bevölkerung vermehrt, sondern auch die Not der Bauern, und sie hat nicht einmal die Großbetriebe selbst aus dem Sumpf retten können, in den sie geraten sind, weil sie mit allen Mitteln die notwendige Umstellung der deutschen Landwirtschaft auf Veredelungsproduktion zu hintertreiben versuchten. Die Döbisse sollte ostbaltische Großbetriebe vor dem Bankrott retten. Sie hat sie aber erst recht in den Bankrott hineingetrieben. Vor einigen Wochen wurde von deutschnationaler Seite im preussischen Landtag ein Subventionsantrag für die pommerischen Großbetriebe gestellt, worin ausgeprochen worden ist, daß allein in Pommern 400 landwirtschaftliche Großbetriebe mit rund 500 000 Morgen Fläche nicht mehr zu sanieren seien und daß durch den Zusammenbruch dieser Betriebe 15 000 Landarbeiter brotlos würden.

Freistaat Baden

Falsche Beschuldigung gegen die badische Regierung

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

„Unter diesem Titel erschien in den nationalsozialistischen Tageszeitungen „Die Volksgemeinschaft“ und „Balkenkreuzbanner“ (Nr. 115 vom 23. Mai 1932) ein Artikel, der sich mit den Lohnverhältnissen beim Kanalbau in Rodenau und Hirsborn befaßte, und den Satz enthielt: „Wir richten an die badische Regierung, die ja die Arbeiten vergeben hat, die Frage, was sie gegen den schamlosen Lohnraub am Kanalbau zu unternehmen gedenkt?“ — Hierzu wird festgestellt, daß die badische Regierung als Unternehmerin beim Kanalbau in Rodenau und Hirsborn nicht in Frage kommt. Unternehmerin ist vielmehr die Reichs-Arbeits-Gesellschaft, welche auch allein für die Vergütung der Arbeiten zuständig ist. Mit der Freistellung dieser Tatsache erwidert sich die in den genannten Artikeln an die badische Regierung gerichtete Anfrage.“

Der neue Erzbischof von Freiburg

Die Frankfurter Zeitung schreibt über den neuen Erzbischof von Freiburg: Dr. Konrad Gröber, seit einem Jahr Bischof von Meßlen, der jetzt vom Papst zum Erzbischof von Freiburg ernannt wor-



Der neue Erzbischof von Freiburg Dr. Konrad Gröber

den ist, steht in seiner badischen Heimat, in der er bis zu seiner Uebernahme nach Meßlen tätig war, in dem Ruf eines sehr klugen, vielseitig gebildeten und interessierten Mannes. Personen, die ihn in seiner jahrzehntelangen Wirksamkeit in Konstanz kennen gelernt haben, haben besonders seine lebendige Beziehung zu kirchlichen Dingen und seine hohe menschliche Aufgeschlossenheit hervorzuheben. Im Freiburger Domkapitel, dem er vor seiner Berufung nach Meßlen einige Jahre angehört hat, fand er, soviel man weiß, seine besondere Förderung, und man irrt wohl nicht, wenn man annimmt, daß seine Ernennung zum Erzbischof von Freiburg mehr von der Kurie als von dem Freiburger Domkapitel betrieben worden ist. Der neue Erzbischof ist 60 Jahre alt.

Dr. Karlruhe, 25. Mai. Als Staatspräsident hat dem neuernannten Erzbischof Dr. Gröber sowie dem Erzbischöflichen Domkapitel zur Wiederbesetzung des Erzbischöflichen Stuhles die Glückwünsche der Staatsregierung ausgesprochen.

Politische Schwurgerichtsprozesse

Ohrfeigen im Landtag — Vergehen gegen das Republikanengesetz

Im Karlsruhe, 25. Mai. Wegen Vergehens gegen das Republikanengesetz stand heute der verantwortliche Schriftleiter des Führer Adolf Schmidt vor dem Karlsruher Schwurgericht (Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Strauß). Der Angeklagte hatte im Führer einen Artikel über die Vorgänge im badischen Landtag vom 16. und 17. Februar, wo es zu einer Schlägerei zwischen dem Zentrumsabgeordneten Hilpert und dem nationalsozialistischen Abgeordneten Kraft gekommen war, veröffentlicht; darin steht, „der Abgeordnete Hilpert habe nach Schluss der Sitzung die molchbediente Maßnahme erhalten.“ Nach dem Republikanengesetz macht sich strafbar, wer öffentliche Gewalttätigkeiten, die gegen einen anderen wegen seiner politischen Betätigung begangen worden sind, ausdrücklich billigt.

Seiner Regierungsrat Weismann, M. d. L., gibt eine Schilderung der Vorgänge im Landtag vom 16. und 17. Februar. Am 16. Februar sei der Zwischenruf gefallen, Adolf Hitler sei ein Delinquent. Am 17. Februar, nachmittags 1/2 Uhr, war die Sitzung offiziell beendet. Der Abg. Hilpert hatte eine längere Erklärung

des bayerischen Ministerpräsidenten abgegeben. Nach dieser Erklärung wurde geschwiegen, wie Hitler im Jahre 1923 beim Putsch vorgegangen ist. Ministerpräsident Held sagte darin, es gebe zwei Hitler, einen, der sich um die Erneuerung des nationalen Gedankens bemühe und einen, der damals die bayerische Regierung ins Gefängnis abführen wollte. Bei dieser Erklärung ist bei den Nationalsozialisten eine ziemliche Erregung entstanden. Es hielten Zwischenrufe wie „Schweine“ und „Lumpen“. Während diesem Tumult ist die Sitzung zu Ende gegangen. Der Abg. Kraft ging aus seiner Bank heraus und ging auf die Bank, auf welcher der Abg. Hilpert saß, zu. Kraft ging auf Hilpert zu und gab ihm eine Ohrfeige. Darauf entstand eine erhebliche Aufregung. Hilpert packte den Abg. Kraft und im Nu lagen beide auf dem Boden des Landtags. Der Zeuge dachte: „Das ist eine unwürdige Szene“. Die stehenden Abgeordneten stürzten herunter, die Nationalsozialisten kamen aus den Bänken, der Herr Präsident kam herunter. Im Nu war der ganze Landtag in Aufregung. Zeuge glaubt, daß die beiden noch am Boden aufeinander eingeschlagen haben. In dieser Erregung ging die Sitzung zu Ende. Eine derartige Szene habe der Landtag noch nicht erlebt.

Erster Staatsanwalt Hofmann gab nochmals eine Schilderung des Vorfalles und kam zu dem Schluss: Tatsache sei, daß Professor Kraft dem Abgeordneten Hilpert ohne weiteres eine kräftige Ohrfeige gegeben habe. Es stehe fest, daß der Zeuge Kraft den Abg. Hilpert geschlagen habe wegen seiner politischen Meinung und seiner politischen Betätigung. Es liege hier eine Gewalttat einer Person aus politischen Gründen gegenüber einer Persönlichkeit vor, die im politischen Leben stehe. Der Angeklagte habe in dem Artikel diese Gewalttat, indem er die Ohrfeige als „molchbedient“ bezeichnet, gebilligt. Der Staatsanwalt hält den Vorwurf im Schluß der Sitzung im Interesse des Landtags und im Interesse der Volkvertretung für außerordentlich bedauerlich. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Kraus, plädierte auf Freisprechung.

Das Schwurgericht fällt folgendes Urteil: Der Angeklagte Schmidt wird wegen Vergehens gegen § 5 des Republikanengesetzes an Stelle einer Woche Gefängnis zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt. Die Urteilsbegründung besagt: Die Bestimmung setzt voraus, daß der Täter öffentliche Gewalttätigkeiten, die gegen eine andere Person wegen ihrer politischen Betätigung begangen worden sind, ausdrücklich billigt. Der Zeuge Kraft hat im Landtagsgebäude gegen den Abg. Hilpert sich einer Gewalttätigkeit dadurch schuldig gemacht, daß er ihm eine Ohrfeige gab. Hilpert hatte sich über politische Fragen geäußert, u. a. ob Hitler als österreichischer Deputierter anzuweisen ist. Wenn nun der Angeklagte als verantwortlicher Schriftleiter diese Gewalttätigkeiten in die Zeitung gebracht hat mit dem Kommentar, eine Gewalttätigkeit sei molchbedient, und diese zur Aufklärung gegen andere, so hat er diese Gewalttätigkeit ausdrücklich gebilligt und sich dadurch strafbar gemacht. Dem Angeklagten hat man mildernde Umstände ausgestellt und sie darin gefunden, daß er bei Begehung dieser Straftat noch nicht bestraft war und die Vorwürfe nur in einer kurzen Notiz in der Zeitung wieder gegeben waren.

Schriftleiter Moraller wegen übler Nachrede verurteilt

Im Karlsruhe, 25. Mai. Als letzten Fall der Tagung verhandelte das Karlsruher Schwurgericht (Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Strauß) einen zweiten Verleumdungsprozess gegen den verantwortlichen Schriftleiter der nationalsozialistischen Tageszeitung Der Führer, Franz Moraller aus Karlsruhe, der erst vorgestern wegen Verleumdung eines katholischen Geistlichen zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Der heutige zur Anklage hebende Fall ist ähnlich gelagert. Die Anklage lautet auf öffentliche Verleumdung durch Verbreitung nicht erwiesener Tatsachen in bezug auf einen Religionsdiener. Der Angeklagte hatte im Führer unterm 15. Januar unter der Ueberschrift „Aber Herr Defan, Sie lägen ja! Defan Meister aus Bräunlingen wider die bösen Nationalsozialisten“ und einen zweiten unterm 28. Januar unter der Ueberschrift „Die Selbsterleuchtung, eine historisch-politische Vorlesung für Hochm. Herrn Defan Meister in Bräunlingen“ veröffentlicht. In beiden Artikeln wird dem Defan, der als einziger Zeuge erschienen ist, der wiederholte Vorwurf der Lüge gemacht.

Das Schwurgericht verurteilte den Angeklagten wegen öffentlicher Verleumdung im Sinne der §§ 185 und 186 (wegen des Artikels vom 15. Januar) zu einer Geldstrafe von 400 M. im Ungehörigenshause von zwei Wochen Gefängnis. Von der weiteren Anklage wegen Verleumdung durch den Artikel vom 28. Januar wurde der Angeklagte freigesprochen. Das Schwurgericht hat den strafverhängenden Tatbestand der Notverordnung betreffend Ehrenschuß nicht für vorliegend angesehen. Das Urteil ist auf Kosten des Verurteilten im Führer und im Badischen Beobachter zu veröffentlichen.

Den Landwirten sind nicht nur die Zuwendungen, die die Reichsregierung den ostbaltischen Großgrundbesitzern mit der Döbisse hat zukommen lassen, zum Verhängnis geworden, sondern auch der durch die Notverordnung vom 8. Dezember angeordnete Abbau der Löhne und Gehälter. Mehr als das, was die Ostbisse ihnen eingekauft hat, wird ihnen durch die Drofflung der Massenkaufkraft wieder genommen, die zur Folge hat, daß die Einschränkung im Verbrauch bäuerlicher Erzeugnisse immer größer und die Preise immer niedriger werden. Leber die Wirkung von Lohnabbau und Arbeitslosigkeit auf den Verbrauch ist im jüngsten Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung folgendes zu lesen:

„Das Arbeitseinkommen, die breiteste Grundgröße des Verbrauchs, hält sich um nahezu 40 Prozent unter seinem konjunkturellen Maximum (Höchststand d. R.) von 1929. Die Lohnabbauaktion vom Anfang des Jahres hat sich in einem verstärkten Rückgang niederschlagend. Da die Ansichten des Arbeitsmarktes anhaltend schlecht sind, die Zahl der Einkommensbesitzer also vorerst konjunkturreisig schwerlich zunehmen wird, und da ferner die Lohn- und Gehaltsätze eher erneut sinken werden, ist für das Arbeitseinkommen zunächst mit weiterer, wenn auch vielleicht allmählich gemilderter Schwächung zu rechnen. Demgemäß ist zu befürchten, daß das Verbrauchsaufkommen (Umsatz dem Wert nach, d. R.) des Verbrauchsaufwärtigen ebendfalls noch sinken wird.“

Der Landwirtschaft und vor allem den deutschen Bauern kann weder mit Subventionen noch mit Zollerhöhungen geholfen werden, die die notwendige Umstellung der Produktion vorantreiben. Die wirksamste Hilfe für ihn ist: Arbeitsbeschaffung und Lohnverbesserung für die städtischen Arbeiter und Angestellten. Bauer, Arbeiter und Angestellte sind durch die gleichen Interessen verbunden. Nur aus dieser Erkenntnis wird den Bauern die Rettung erwachen, aber nicht aus der Hoffnung auf den mauslaufenden Messias Hitler.

Mühlen Franck

die gute Kaffeewürze, gehört zu jedem Kaffee, genau wie das Salz zu jedem Essen



### Falsche Gerüchte

Keine Spaltung in der französischen sozialistischen Partei

Drei prominente sozialistische Abgeordnete, Renaudel, Frossard und Prot, haben durch einen gemeinschaftlichen Besuch bei Berriot ihre Bereitwilligkeit zur Koalitionspolitik auf der Grundlage eines noch zu vereinbarenden gemeinsamen Aktionsprogramms bekundet.

Diese Aktion der Drei ist nichts anderes als die spontane Antwort auf einen Aufruf in dem Organ der französischen Sozialisten, dem Populaire, durch den der Generalsekretär der Partei, Paul Faure, in geradezu herausfordernder Weise die Partei noch vor dem Kongress gegen jede Art von Koalitionspolitik mit den Radikalen festlegen wollte.

Viele Sozialisten haben diesen an leitender Stelle des Populaire veröffentlichten Aufruf als einen Mißbrauch des Parteiorgans durch den Generalsekretär empfunden.

Hätte nur der Rechtsanwalt Prot, der zum äußersten rechten Flügel der Partei zählt, Renaudel begleitet, dann könnte man diesen Besuch bei Berriot als die Aktion jener Gruppe ansehen, die Koalitionspolitik beinahe um jeden Preis erstrebt.

Das ändert freilich nichts an der Tatsache, daß die Aussichten für die Bildung einer reinen Linkskoalition unter Einfluß der Sozialisten nicht sehr groß sind.

Lebensfalls kann von einer bevorstehenden Spaltung bei den Sozialisten keine Rede sein.

Paris, 26. Mai. (Fig. Drabl.) Die sozialistischen Abgeordneten Renaudel, Prot und Frossard haben am Donnerstag folgende Erklärung abgegeben:

„Über unsere Unterredung mit Berriot sind in der Presse unrichtige Informationen erschienen. Die Unterredung mit Berriot war rein persönlicher und privater Natur.“

### Beschwerdenote Danzigs an Polen

W.B. Danzig, 26. Mai. Der Senat der Freien Stadt Danzig hat dieser Tage an die diplomatische Vertretung Polens eine Note gesandt: Seit einigen Tagen werden in den von Polen nach Danzig fahrenden Zügen von dem polnischen Vereln zur Verteidigung der Westküste Flugblätter verteilt, die zum Boykott Danzigs und Juppots aufrufen und Personen, die diesen Boykott nicht befolgen, schwere und exemplarische Strafen androhen.

Wir bitten dringend, daß solche Boykottmaßnahmen als den zwischen Danzig und Polen bestehenden Verträgen zuwiderlaufend verschwinden und daß die polnischen Eisenbahnbeamten disziplinarisch zur Verantwortung gezogen werden.

### Das neue japanische Kabinett

Tokio, 26. Mai. (Reuter.) Admiral Soito hat die nationale Regierung nunmehr gebildet. Er übernimmt außer der Ministerpräsidentenschaft auch das Außenministerium. Innenminister ist Yamamoto, Kriegsminister General Zenjuro Hasegawa, Marineminister Admiral Katsuta Okada.

### Reichsbund höherer Beamten gegen Mehrbelastung

Der Reichsbund der höheren Beamten hat in einem Telegramm an den Reichspräsidenten gegen die durch eine neue Notverordnung herbeigeführte Mehrbelastung Stellung genommen.

### Kommunisten als Werkspione

Die Verfassungsverhandlung im Werkspionageprozess

Frankental, 23. Mai. (Via. Ber.) Die Kommunisten hatten nach der Verurteilung der RGO-Leute und verschiedener Kommunisten in dem Werkspionageprozess im Dezember bombastisch angekündigt, sie würden in der Verfassungsverhandlung der Arbeiterkammer still und gelblich ihre Strafen annehmen und keine Berufung einlegen.

Über das Gehen nach Schmid war der Vormittag hingegangen. Montag nachmittag wurde nun der erkrankene kommunistische Provinziallandtagsabgeordnete und Vertrauensmann der RGO für Süddeutschland, Karl Dienstbach, vernommen.

Der Mitangeklagte Friedrich Dehnenhäger aus Ludwigshafen, früheres Mitglied der Bezirksleitung Wals der KPD, wehrt sich von nicht. Soweit er mit Steffen und Eugen Herbst zusammengekommen war, sei lediglich über gewerkschaftliche und politische Themen gesprochen worden.

Den Abschluß der Verhandlung des ersten Tages bildete die Verlesung des umfangreichen Kassenmaterials, das während der achtmonatigen Unterdrückungsbefehl bei den verschiedenen Anklagten beschlagnahmt wurde.

Das war etwas, was man auch dem politischen Gegner nicht

mehr verzeihen kann! Der Antrag des Staatsanwalts, die beiden erkrankten Angeklagten in Haft zu nehmen, wurde abgelehnt, die Verhandlung nimmt ihren Fortgang.

Frankental, 24. Mai. (Via. Ber.) Der zweite Tag im Werkspionageprozess brachte den völligen Rückzug der Moskauer vor dem angekündigten Gegenangriff. Der angeklagte RGO-Mann Karl Dienstbach, der den Mittelmann zwischen der Zentrale und dem Süddeutschen Verbindungsnetz innerhalb der RGO machte, ist nicht erschienen.

Die in den Fragebogen aufgestellten Fragen lassen erkennen, daß die Russen sehr genau Bescheid wußten, worauf es ankomme, und sie mußten auch Einzelheiten aus den Anlagen und den Berichten der RGO bereits früher auf dem Spionagemerke erfahren haben.

Der Sachverständige betont die schwere Schädigung der deutschen Industrie und damit der deutschen Arbeiterkraft, die entstanden wäre, wenn die Verfahren verraten worden wären.

Frankental, 25. Mai. Am letzten Verhandlungstag beantragte der Staatsanwalt gegen Steffen und Dienstbach eine Gesamtstrafe von zwei Jahren und fünf Monaten, sowie 10 000 Mark Geldstrafe.

### Kommunistische Ausschreitungen

Schaufensterkrieg?

Düsseldorf, 26. Mai. Ein Trupp von etwa 100 Kommunisten zog gegen 18 Uhr unter Schlägerführung auf die Regierung durch die Hauptstraße Düsseldorfs, die Königsallee, wo mehrere Schaufenster eingestiegen wurden.

In Dortmund kam es am Donnerstag vormittag vor dem Stadthaus, ähnlich wie bereits am Mittwoch, wieder zu Anlaufmanövern, die jedoch bald von der Polizei zerstreut wurden.

Hamburg, 26. Mai. In verschiedenen Stellen der Stadt kam es im Laufe des Tages zu kommunistischen Zusammenrottungen und Demonstrationen, die gegen Abend zu tumultuösen Vorgängen auf dem Jungfernstieg führten.

Hamburg, 26. Mai. (S.P.) Am Donnerstag kam es in der Hamburger Innenstadt abermals zu kommunistischen Anlaufmanövern. Aus den Reihen der Demonstranten fielen mehrere Schüsse gegen die Polizei.

## Bauarbeiter und Arbeitsdienst

### Ein Alarmruf des Bauwerksbundes - Welchen Zielen strebt man zu?

Uns wird geschrieben:

Die Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes spielt in den Beratungen der Reichsregierung eine große Rolle. Der Bundesführer des Reichsbauwerksbundes, H. J. F. M. A. M. A., hat sich auf einer Konferenz in Hamburg mit besonderem Nachdruck für eine Beteiligung des Reichsbauwerksbundes am Arbeitsdienst eingesetzt.

Die schärfsten Gegner des freiwilligen Arbeitsdienstes sind die Bauarbeiter. Sie werden von ihm am härtesten betroffen. Ihre Kritik verdient daher erstens Beachtung.

Seit über einem halben Jahr - so führt Bernhard im wesentlichen aus - wird mit dem freiwilligen Arbeitsdienst experimentiert. Seitdem sind mehr als 2100 Arbeiter der verschiedensten Art, allererst Bodenbewegungsarbeiten, von fast 60 000 „Freiwilligen“, d. h. von knapp 1 Prozent der Arbeitslosen, ausgeführt worden.

Schon spricht man, wie z. B. Minister Trevisanus, von einem „Ersatzdienst“ dieser behelfsmäßigen Art. Die Zulassungsbestimmungen müßten erweitert werden, um „dem Zustrom gerade aus Umkleitreflexen“ mehr Rechnung zu tragen.

Die Befürworter sehen die Entwicklung bereits heute so: Jede Arbeit - nicht nur Bauarbeit - die nur einer gewissen Lebens-, eines bescheidenen Internens bedarf, wird im „freiwilligen“ Arbeitsdienst ausgeführt.

„Eine große Sorge war ja bisher die Beschränkung in der Auslegung der „Zulässigkeit“ und „Gemeinnützigkeit“ der für den Arbeitsdienst in Frage kommenden Aufgaben. Ich habe nie die Gefahr

eines Mißbrauchs gesehen, wenn man die Bodenkulturen, von der Siedlung angefangen über die vernünftige Regelung der Ballenwirtschaft bis zu Wegebauten; als den gegebenen Arbeitsraum ansetzt.“

Es etwas ist einfach unerhört. Das bedeutet eine ebenso unermessliche wie sinnlose Förderung der Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter, deren Verdammung zur Dauerarbeitslosigkeit und - ohne Arbeitsdienst Arbeit ohne Recht ist - glatten Hinauswurf der Bauarbeiter aus dem Arbeitsrecht.

Beim freiwilligen Arbeitsdienst können die Gesetze der Wirtschaftlichkeit keine Beachtung finden. Von einer pflichtigen Behandlung der Stoffe und Geräte durch Nichtfacharbeiter kann keine Rede sein.

Über, so wird gesagt, Wirtschaftlichkeit sei Nebensache. Bauwirtschaftliche das ethische und erzieherische Moment. Gewiß ist es schlimm, wenn die Lehrlinge und noch schlimmer, wenn die Ausgelernten, deren Verdammung zur Dauerarbeitslosigkeit und - ohne Arbeitsdienst Arbeit ohne Recht ist - glatten Hinauswurf der Bauarbeiter aus dem Arbeitsrecht.

Was immer wieder besonders stutzig machen muß, ist die Tatsache, daß einflußreiche und nationalitätstreuere Kreise im „freiwilligen“ Arbeitsdienst zur militärisch aufzuziehenden Pflichtarbeit sehen.

Die gewerkschaftlichen Ergruppierungen auf Lohn- und tarifrechtlichem Gebiet sind in Gefahr. Den vom Arbeitsdienst ausgehenden Lohnbruch werden zunächst die Bauarbeiter zu spüren bekommen, obwohl ihre Löhne in den letzten Wochen bereits einen unabweisbaren Abwärtsdruck erfahren haben.

Beschäftigt Arbeit, aber Arbeit, die dem schaffenden Menschen nicht und Lebensunmöglichkeit gewährt.

# Aus aller Welt

## Unterhaltungen bei der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft

**W.B. Hamburg, 25. Mai.** Bei der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft sind dieser Tage größere Unterhaltungen im Gange, die sich auf etwa 200 000 Mark belaufen dürften. Die Ermittlungen ergaben, daß ein ungetreuer Angestellter seit etwa sechs Jahren Unterschlägen und Kuntungen gefläßt hat und so im Laufe der Jahre sich in den Besitz einer so großen Summe setzen konnte. Außer dem Angestellten selbst dürfte noch eine Anzahl anderer Personen, die nicht im Betriebe beschäftigt waren, an der Unternehmung beteiligt sein. Man hofft, einen Teil der unterschlagenen Summe noch retten zu können.

**70 Todesurteile in Britisch-Birma**  
**W.B. Rangoon, 25. Mai.** Zur Liquidation der schon einige Zeit zurückliegenden revolutionären Erhebung in Birma ist in den letzten Monaten in den von den Unruhen betroffenen Bezirken eine Durchscharfende „Reinigungsaktion“ durchgeführt worden. Von den dabei Verhafteten sind jetzt 70 zum Tode und 22 zu lebenslänglicher Deportation verurteilt worden.

**Militärische Sprengungstataktrophe in der Schweiz**  
**Narberg (Schweiz), 25. Mai.** In Nüssel bei Narberg verunglückte gestern mittags bei einer militärischen Übung des Landwehrbataillons 12 der Sapperbataillon Friedli tödlich. Bei den Sprengarbeiten löste sich eine Steinmaße los und verdrängte den 34 Jahre alten Friedli. Er war sofort tot. Zwei weitere Sapper wurden verletzt.

**Sturmataktrophe in Nordindien**  
**Delhawal, 25. Mai.** Während eines heftigen Sandsturmes brach in einem Hause des Bezirks Charadda Feuer aus. Der Sturm trug die Flammen sofort auf die umliegenden Gebäude weiter. In kurzer Zeit war ein Kiefernbrand entstanden, der etwa 100 Häuser und Gärten zerstörte.

**Radelboot-Unfall**  
**Korisch, 25. Mai.** Am Sonntag mittags um 1 Uhr sind zwei junge Männer aus Korisch mit einem Radelboot auf den See hinausgefahren. Sie wurden infolge noch an der Mündung des Rheins gefahren. Seitdem sind sie vermisst. Das Boot, das Ruder und ein zum Boot gehörendes Rillen hat man mittlerweile gefunden. Offenbar sind die beiden Männer bei dem starken Sturm vom Sonntag nachmittags in der gefährlichen Herdbrut ertrunken. Es handelt sich um den 24jährigen Gebhard Stürm, gebürtig von Gotsch, Kaufmann in Korisch und um den 20jährigen Werner Sasser von Allstätten (St. Gallen), wohnhaft in Korisch.

**Tagung der Deutschen Tischspieltheaterbesitzer**  
**W.B. Frankfurt a. M., 25. Mai.** Der Reichsverband Deutscher Tischspieltheaterbesitzer e. V. Berlin eröffnete heute hier seine oberdeutsche Mitgliederversammlung, in der der Präsident des Reichsverbandes, Kommerzienrat Ludwig Scheer über die Not des Tischspieltheaterwesens sprach. Für die Tischspieltheater, so führte er u. a. aus, sei der Tonfilm eigentlich das „größte Unglück“, da die Qualität der Tonfilme viel zu wünschen übrig lasse. Die Tonfilmindustrie ist von den Elektrofirmen vollständig in Abhängigkeit gebracht worden. Der Redner forderte dann eine Aenderung des Urheber-

rechtes, eine Forderung des Kontingents, damit auch gute ausländische Filme in Deutschland gezeigt werden könnten, und ging auf die Notwendigkeit einer Entlohnung bzw. Abschaffung der Luftverkehrssteuer ein. Die Versammlung wählte ihren Vorstand wieder und behandelte eine Reihe von Entschuldigungen, die sich im wesentlichen auf die Forderungen, die der Präsident in seinem Vortrag erörterte, erstreckten.

**Flugzeugzusammenstoß in der Luft**  
**W.B. London, 26. Mai.** In 3500 Fuß Höhe heute zwei englische Kampfeindecker zusammen und kisten ab. Der Insasse des einen Flugzeuges konnte sich durch Fallschirmabsprung retten. Der zweite Flieger wurde unter seinem Flugzeug tot hervorgerissen. Er war in seinem Fallschirm verwickelt, den er anscheinend nicht rechtzeitig vom Flugzeug hatte lösen können.

**Die Leiche eines bisher vermissten Berliner Rechtsanwalts aufgefunden**

**Wien, 26. Mai.** Seit dem 5. August 1930 wurde der Berliner Rechtsanwalt Rudolf Rinner, der sich damals in Bad Gastein zur Kur aufhielt, vermisst. Kürzlich wurde nun von einem Jäger in der Nähe der Mittelalpenhütte im Nebelthal bei Köstfien an einem bewaldeten Berhang zwischen Felsblöcken das Skelett eines etwa 40jährigen Mannes gefunden, dessen auf erhaltene rechte Hand die bei Abgabe eines Schusses charakteristische Fingerhaltung aufwies. Daneben lag eine Pistole. Am Schädel des Toten waren deutlich Ein- und Ausschuss zu erkennen. Aus diesen Umständen wird auf Selbstmord geschlossen. Sämtliche bei der Leiche in einem Rucksack vorgefundenen Gegenstände sind rechtsdeutschen Ursprungs. Rinner wurde nicht gefunden. Man vermutet, daß es sich um die Überreste des vermissten Rechtsanwalts handelt.

**Das Postflugzeug der „Europa“ gelandet**  
**New York, 25. Mai.** Das Postflugzeug der „Europa“ ist um 17.40 Uhr ostamerikanischer Zeit auf dem Flugplatz von Boston gelandet.

**Gustav Winter aus der Haft entlassen**  
**Wausen, 25. Mai.** Wie wir erfahren, ist der ehemalige Präsidentschaftskandidat und Betriebsanwalt Gustav Winter, der in der Bauener Strafanstalt eine längere Gefängnisstrafe verbüßte, auf Grund eines Gnadenaktes mit Bewährungsfrist vor einigen Tagen aus der Haft entlassen worden.

**Schreckenstaten französischer Kolonialtruppen im Elsch**  
**W.B. Straßburg, 25. Mai.** Die Freude, farbige Kolonialtruppen als Garnison zu beherbergen, die manchen Orten in Elsch-Lothringen noch immer zuteil wird, wird wieder einmal beleuchtet durch zwei Vorfälle. In Saarburg hat ein algerischer Soldat des dortigen algerischen Tirailleurs-Regiments den Sergeanten Soid sein Säbel mit dem Kolonet durchbohrt, so daß der Verwundete noch am Abend starb. Der Mörder will aus Rache gehandelt haben. Zu gleicher Zeit hat sich im Gefängnis in Reich der dort in Untersuchungshaft befindliche Sergeant des Mörchinger algerischen Schützengregiments, der vor einigen Wochen in einer Arbeitermeile in Mörchingen die beiden Töchter des Wirtes erschossen und ihre Mutter schwer verwundet hatte, im Schacht des Treppenhauses vom obersten Stockwerk hinabgestürzt. Er blieb mit zerstückelter Schädeldecke tot unten liegen.

## Soziale Rundschau

### Hundertjahrfeier der Badischen Gefangenensfürsorge

In Heidelberg taste vom 22. bis 25. Mai der Badische Landesverband für Jugendhilfe, Gerichtshilfe und Gefangenensfürsorge in Gemeinschaft mit dem deutschen Reichszusammenbruch für Gefängnisreform, Gefangenens- und Entlassenenfürsorge, die Hundertjahrfeier der Badischen Gefangenensfürsorge aus. Die Tagung wurde am Sonntag abend mit einem Begrüßungsabend im Schlosspark-Casino eröffnet. Am Montag fanden den ganzen Tag über geschlossene Arbeitssitzungen und Sonderausstellungen der einzelnen Ausschüsse und kleineren Verbände und funktionellen Gemeinschaften statt.

Die Eröffnungsansprache hielt der Vorsitzende des Badischen Landesverbandes, Ministerialrat Dr. Umbauer-Karlsruhe, Staatspräsident Dr. Schmitt überbrachte die Glückwünsche der Badischen und der Reichsregierung, des Reichsjustizministeriums und der Landesverwaltung des Reiches und des Landes Baden. Es folgte eine Reihe weiterer Begrüßungsansprachen. Der Defen der Juristische Fakultät der Universität Freiburg, Prof. Dr. Kern, überbrachte Oberregierungsrat Köhlin, Strafanstaltsdirektor in Freiburg, der schon 25 Jahre im Strafvollzugsdienst ist und früher im Ministerium war, ein Diplom, womit ihn die Juristische Fakultät der Universität Freiburg zum Ehrendozenten beider Rechte ernannt.

Am Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Festvortrag von Prof. Dr. Weidmann über das Thema: „Der Erziehungsgedanke im Strafvollzug“. Am Nachmittag war eine geschlossene Landesversammlung. Am Mittwoch beendeten die Teilnehmer die Strafanstalten in Karlsruhe, Mannheim und Sinheim a. d. Elsenz. R. M.

## Volkswirtschaft

**Schiffahrts-Sanierung**  
 Die Japan (Hamburg-Amerika-Linie) und der Norddeutsche Lloyd, die in der Japan-Union zusammengeschlossen sind, legen jetzt einen Sanierungsplan vor. Abgesehen von der großen Baufinanzierung am 1. September 1932 handelt es sich um die größte Sanierungsaktion der Schiffahrtsgesellschaft. Die Japan — beide Unternehmen sind finanziell sehr schlecht — und teilen nur ihre Gewinne bzw. Verluste nicht einem bestimmten Anteil auf — wird auf die entstehenden Verluste nicht weniger als 150,7 Millionen Mark abdecken. Beim Lloyd stellen sich die Abfertigungen von 140,52 Millionen Mark. Beide Gesellschaften bilden eine von 8,1 bei beiden Gesellschaften vorgenommen worden. Nach Abzug von einem Drittel wird bei der Japan das Kapital von 139,6 Millionen Mark auf 53,2 Millionen Mark heruntergesetzt. Der Lloyd sollen zunächst nur 11,5 Millionen Mark eigene Aktien. Dann wird das Kapital von 148,5 Millionen auf 49,5 Millionen Mark reduziert.

### Skandalöse Zuckerpolitik

Nach dem Bericht des Vereins der deutschen Zuckerindustrie ist der Zuckermarkt in Deutschland für das Jahr 1932 im schlimmsten Ausmaß zurückgegangen. Der Rückgang wird gegenüber dem Bericht mit 25,45 Prozent angegeben. Ursache der Rückgangung sind in erster Linie die kleinen Rübenanbauverhältnisse. Diese Einschränkung wird auch auf die industrielle Wirtschaft zurückzuführen sein. Nach den Angaben der oben erwähnten Zuckerrübenanbauverhältnisse sind im Jahre 1932/33 den Zuckerrüben 200 000 Hektar, nur rund 100 000 Hektar weniger als im Jahre 1931/32, zu bepflanzen. Also auch hier weitere Rückgangungen aus weiteren Wirtschaftlichen.

Die letzten Nachrichten teilen sich die Folgen der Zuckerpolitik und der Zuckerrückentkontingentierung

bar. Hier zeigt sich wieder ein beipfeifender Export unserer Warenpolitik, die durchaus auf den Großgrundbesitz eingeleitet und gegen den Konsumenten, gegen den Verbraucher orientiert ist.

Wir erinnern an die Zeit, in der die Interessenten immer wieder eine Erhöhung des Zuckerpriests forderten und die Erhöhungen auch, gegen die Weisheit der Sozialdemokratie, durchsetzten. Diese wahnwitzige Preispolitik hat fürchterliche Folgen gehabt. Man hat den Zuckerpriest in Deutschland so weit getrieben, daß heute der Zuckerpriest, Preise von 1913 — 100 geteilt, auf 150 liegt. Diese wahnwitzigen hohen Preise haben natürlich ebenfalls die Zuckerproduktion und den Zuckeranbau gefördert. Es zeigte sich aber gar bald, daß die deutsche Bevölkerung bei den wahnwitzigen hohen Preisen den in Deutschland produzierten Zucker nicht verbrauchen konnte. Also verteilte die Zuckerindustrie auf den Gebirgen, den in Deutschland nicht abzuführenden Zucker zu exportieren.

Bei der Ausfuhr von Zucker nach dem Auslande erlebte man aber eine schlimme Aufschwung. Der Weltmarkt hatte sehr wenig Zucker, die Preise lagen im Ausland außerordentlich niedrig. Der Export von deutschem Zucker nach dem Auslande war nur unter großen Opfern und unter Preisverlusten möglich.

Man verteilte auf das Mittel der Kontingentierung. Gesellschaft wurde die Deckung des Zuckerbedarfs durchgeführt. Das Ergebnis liegt hier vor. Der Zuckeranbau ist in Deutschland im Jahre 1932 um fast 29 Prozent zurückgegangen und der Anbau für Futterzwecke hat sich beinahe um 44 Prozent verringert. Mund ein Duzend Fabriken können im kommenden Herbst die Arbeit nicht mehr aufnehmen. So sehen die Folgen einer wahnwitzigen Preispolitik aus. Das ist Agrarpolitik, wenn man sie zu Nutzen der Großen mißbraucht und wenn man sie gegen die Verbraucher richtet.

Die deutsche Zuckerindustrie ist mit riesigen Beständen in das Jahr 1932 gegangen. Diese Bestände sind in den meisten Fällen auf 5 bis 6 März pro Zentner Rohzucker abgeschrieben worden. Das sind etwa die Hälfte, die man im günstigsten Falle im Export hätte erzielen können. Man wird 1932 weniger Zucker erzeugen und heute muss aus dem Ausland, die alten Zuckervorräten im Jahre 1932 dem Konsum zuführen. Aber nicht zu dem abgesetzten Preis von 5 bis 6 März, sondern zu dem Preis von 21 März.

Selbstverständlich muß das die Folge haben, daß der Zuckerbedarf weiter sinkt. Die Misere geht also weiter. Dabei lagern noch ungeheure Zuckermengen in Deutschland, die nicht zu verwerten sind. Die Massen sind zu arm, um diese lebenswichtige Ware zu kaufen.

Das Ganze nennt man aber großartige Zuckerpolitik. So sieht die Wirtschaft der Deutschen in Deutschland aus, die die Strenge ihrer bekannten Verarmungsmaßnahmen gegen den Weltmarkt zu führen.

### Die Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG)

Die Berliner Verkehrs-Gesellschaft (BVG) ist die größte Verkehrsunternehmen in Deutschland. Sie hat sich seit dem 1. Januar 1932 durch die Zusammenfassung der Straßenbahn-, Untergrund- und Autobusunternehmen gebildet. Die BVG hat ein Kapital von 400 Millionen Mark. Sie hat sich im Jahre 1931 mit einem Kapital von 400 Millionen Mark gegründet. Schon 1931 hat die Stadt Berlin von diesen 400 Millionen Mark nur 20 Millionen Mark eingezahlt. Sie hat sich also vollständig auf den Kapitalschnitt bei der BVG eingeleitet. Das Kapital der BVG wird dann auch im Verhältnis von 2:1, also von 400 auf 200 Millionen Mark zu-

sammengelegt und dann um 50 Millionen Mark erhöht. Das fünftige Kapital der BVG wird also 250 Millionen Mark betragen. Das die BVG eine äußerst gesunde Grundanlage hat, daran kann nicht gezweifelt werden. Durch die Zusammenlegung des Kapitals von 400 auf 200 Millionen Mark werden zunächst 166,1 Millionen Mark für Abschreibungen auf Anlagevermögen frei. 33,9 Millionen Mark werden dem Reservefond zugeführt.

### Berliner Zellstoffverein zahlungsunfähig

Der Verein für Zellstoffindustrie A.-G., Berlin, der im vergangenen Monat bei Veröffentlichung des Geschäftsabchlusses für 1930/31 bereits einen Verlust von 1,63 Mill. Mark aufwies, hat jetzt seine Zahlungen eingestellt. Die Gesellschaft will bei ihren Gläubigern einen Vergleich erzielen. Zur Zeit sind die Arbeiten für die Aufstellung eines Vermögensstatus im Gange, und die Betriebe werden bei einem verhältnismäßig beträchtlichen Auftragsbestande weiter beschäftigt.

## Partei-Nachrichten

### Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Veranstaltungen finden statt:  
 Freitag, den 27. Mai:

**Biffingen:** Abends 8 Uhr im Rathaus Versammlung von Mitgliefern und Genossinnen. Gen. Trinks (Karlsruhe) spricht über „Die derzeitige politische Situation und die Haltung der Partei“. Nach Schluß des Vortrags Aussprache über Arbeitsbeschaffung in der Gemeinde.

**Söllingen:** Abends 8.30 Uhr im „Feldschloß“ Mitgliebertermin. Reichstagsabgeordneter Genosse Schöpflin spricht über „Die letzten Vorkämpfe im Reichstag“. Genossen, bringt Genossinnen mit!

**Samstag, den 28. Mai:**  
**Eutingen:** Abends 8 Uhr im „Waldborn“ außerordentliche Generalversammlung mit Vortrag von Genosse Trinks über „Die politische Situation und die Stellungnahme der Partei“.

**Bruchhausen:** Abends 8.30 Uhr im Rathaus öffentliche Versammlung. Landtagsabg. Gen. Kurz (Gröningen) spricht über „Die Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise und ihre Bekämpfung“.

**Stein:** Abends 8.30 Uhr in der Turnhalle Versammlung von Mitgliefern und Genossinnen unserer Partei. Gen. Otto Schmarz (Karlsruhe) spricht über „Die derzeitige politische Lage und die Aufgaben der Partei“. Nach Schluß des Vortrags Aussprache über die Arbeitsbeschaffung in der Gemeinde.

**Sonntag, den 29. Mai:**  
**Wirm:** Mittags 3 Uhr in der „Linde“ Versammlung von Mitgliefern und Genossinnen. Landtagsabg. Gen. Trinks spricht über: „Die derzeitige politische Lage und die Arbeitsbeschaffung“.

**Freitag, den 3. Juni:**  
**Horsheim-Badenberg:** Abends 8 Uhr Frauenversammlung im Saale der Wirtschaft „Badenberg“ mit Bildvortrag von Gen. Dr. med. Landauer (Karlsruhe).

**Samstag, den 4. Juni:**  
**Horsheim:** Abends 8 Uhr Versammlung der SAJ. im Saal der Wirtschaft mit Vortrag von Gen. Dr. med. Kahn (Karlsruhe). Zuverlässige Genossinnen sind mitzubringen.

**Dürmersheim:** Abends 8 Uhr Versammlung von Mitgliefern und Genossinnen. Gen. Trinks spricht über „Die derzeitige politische Lage und die Arbeitsbeschaffung“. Genossen! Sorgt für gutes Gelingen aller Veranstaltungen! Bringt Genossinnen mit! Werbt für die Partei!

### Vortragsplan

Das Korreferat und die Aussprache über den Vortrag des Gen. Stern: „Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft im Lichte des historischen Kapitalismus“ findet heute

**Freitag, den 27. Mai**  
 im Handarbeitsaal der Hefelschule (Ede Kreuz- und Marlaratenstraße, Eingang im Hof) statt und beginnt pünktlich um 8.15 Uhr. Korreferent ist: Gen. Rechtsanwalt Haas-Karlsruhe.

Die überaus interessanten und aufschaulichen Ausführungen des Gen. Stern fanden zahlreiche Zuhörer. Da das Korreferat und die Aussprache über den ersten Vortrag dieses Zklus nicht weniger interessant werden wird und außerdem jeder Genosse und jede Genossin, die sich ernsthaft mit dem Studium der Lehre von Marx beschäftigen, diese Vorträge hören müssen, erwarten wir heute abend eine noch zahlreichere Zuhörerzahl. Wir machen jedoch ausdrücklich darauf aufmerksam, daß dieser Vortragsplan nur für Mitglieder unserer Partei und politisch auf unserem Boden lebende Gewerkschafter stattfindet. Angehörige anderer Parteien kann der Besuch nicht gestattet werden. Das Parteisekretariat.

### Eingänge

Das Internationale politische Antiquariat (Ipa) Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Strasse 16, brachte in diesen Tagen einen Antiquariat-Katalog unter dem Titel „Sozialismus und Arbeiterbewegung“ heraus. Der über 2000 Nummern umfassende Katalog bringt auf ca. 100 Seiten die wichtigste sozialistische Literatur von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Darunter befinden sich seltene und wertvolle Schriften bedeutender Vertreter der Sozialismus. Außerdem sind die Gebiete des Kommunismus und Anarchismus in zwei Sonderabteilungen mit über 400 Werken vertreten.

Die „Wirtschaftlichen Kurierbriefe“ des Verlages Rudolf Lorenz bringen eingehende Aufsätze über das Verhalten gegenüber dem Steuerbescheid, über die Zuschlagsteuer zur Einkommensteuer. Daneben sind wichtige Konturs- und Wechselrechtfragen erörtert. Kostenloser Probenummern vom Rudolf Lorenz Verlag, Charlottenburg 9, Kaiserdamm 38.

„Die neue Einheitsbewertung des Vermögens“, ein Werkbüchlein von Bankdirektor a. D. Rudolf Abtgen, Steuerabfertiger in Bonn, gibt eine genaue Anweisung, auf welche Art und Weise man die Einheitswerte prüfen kann und wie man infolgedessen alle statthafte Steuerermäßigungen erlangt, die unter Berücksichtigung der neuesten Gesetzgebung möglich sind. Das Büchlein ist zu beziehen durch den Verlag Rudolf Abtgen, Bonn, Erntestrasse 1, zum Preise von RM. 2.—.

Das Werk der Monatszeitschrift „Die Neue Hauswirtschaft“ (R. Dörmann Verlag, Stuttgart) zeigt, welche diätetisch-hygienischen Gesichtspunkte zu beachten sind bei dem Abkochen sehr zu befeuchtender Gemüsesorten. Recht aufschlußreich ist auch der Artikel mit der Lösung: „Eht mehr Grünern!“ Von dem weiteren Inhalt des interessanten Festes, das auch gute Abbildungen bringt, seien noch folgende Beiträge erwähnt: Prof. Dr. med. Martin Rogel, „Etwas von der Hausapotheke“, Dr. Erna Weber, „Hauswirtschaft als Kern der Volkserziehung“, Gartenarchitekt Otto Valentini, „Neue Gartentunne“ usw. Der Bezugspreis für die „Neue Hauswirtschaft“ beträgt vierteljährlich 2.— Mark und 20 Pf. für Zustellung.

Gefredakteur: Georg Schöpflin. Verantwortl. Schriftf. Breitmaier Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Familien-, Aus aller Welt. Die Welt der Frau, Letzte Nachrichten: S. G. R. N. d. A. M.; Großstadtliche Gemeindepolitik. Durrach aus Württemberg. Wirtschaftliche Karlsruhe Umgestaltung, Sozialistisches Jugendvolk, Deutscher und Badenischer Sport und Spiel, Auskünfte: Josef Gilleit. Verantwortl. für den Anzeigenteil: Gustav Kräger. Sämtliche wohnhaft in Karlsruhe.

Sonnengebräunte Haut  
**NIVEA - CREME**  
 oder aber  
**NIVEA - ÖL**

### Aus dem Gerichtssaal

#### Der Prozeß gegen Kehler Aerzte

OB. Offenburg, 25. Mai. Im weiteren Verlaufe des Offenburger Sterilisationsprozesses wurde ein ganz grundsätzlicher Fragenkomplex angefaßt. Eine stark psychopathische Frau, die schon in der Heil- und Pflegeanstalt Menau war, ist von Dr. Merk am Blinddarm operiert worden und gleichzeitig nahm Dr. Merk auch eine Sterilisation, ohne den Willen der Frau, aber mit der Zustimmung des Mannes vor. Vom rein medizinischen Standpunkt kam Prof. Dr. Schwarzscher zu der Feststellung, daß eine Unfruchtbarmachung nicht angezeigt war. Er könne sich aber denken, daß subjektiv Dr. Merk angesichts des Zustandes der Frau sich zur Sterilisation berechtigt glaubte. Professor Dr. Kräuter vertritt den Standpunkt, daß die Indikation zur Schwangerschaftsunterbrechung eine andere sei, als die zur Sterilisation. Prof. Liepmann billigt Dr. Merk zu, daß er die Wächterin, der Frau zu nützen. Dr. Merk stellt nun die Frage an die Sachverständigen, ob eine solche Frau, wie die Zeugin, überhaupt noch Kinder bekommen dürfe. Rechtsanwält Simonmann sucht die Frage dahin zu klären, daß er sagt, es werde hier immer fälschlicherweise auch die Notwendigkeit einer medizinischen Indikation zur Sterilisation unterstellt. Das Reichsgericht habe jedoch von einer medizinischen Indikation nur bei der Schwangerschaftsunterbrechung gesprochen und es liege keine Entscheidung des Reichsgerichts vor über eine medizinische Indikation zur Sterilisation. Der Berliner Sachverständige Professor Dr. Liepmann weist darauf hin, daß in Berlin Professorfrauen bei drohender Gesundheitsschädigung oder Schwächung ihres Gesundheitszustandes sterilisiert werden und er betont, daß auch nach der Ansicht des Gynäkologen Winter soziale Gründe bei der medizinischen Indikation nicht abgelehnt werden können. Auch Professor Dr. Kräuter läßt die sozialen Gründe bei der Indikationsstellung zur Sterilisation gelten, bemerkt aber, maßgebend sei nur, was medizinisch zur Indikation berechtigt. Schwarzscher erklärt den Fall als ein Mutterbeispiel, wie zur medizinischen Indikation auch die soziale hinzukomme. Aber das Gutachten, das er zu erstatten habe, sei ja nur ein rein medizinisches; nach sozialen Gesichtspunkten sei er nicht gefragt. Suche man ein Ergebnis dieser Erörterungen, so werde man wohl zum Schluß kommen, daß weitgehend in medizinischen Kreisen die Auffassung besteht, das Vorhandensein höchster sozialer Bedürfnisse gestalte den Eingriff der Sterilisation. Die einen Mediziner sind allerdings der Meinung, es müssen zunächst medizinische Gründe vorliegen, zu denen soziale hinzukommen, andere lassen wieder die sozialen Gründe mehr für sich allein sprechen. Die Gutachten, die von den Sachverständigen in dieser Frage erstattet wurden, sind mit Ausnahme desjenigen von Prof. Dr. Kräuter für den Angeklagten Dr. Merk günstig. Das Gericht hat zu urteilen nach der erhobenen Akte; ob andere Gesichtspunkte als die medizinischen in der Akte ins Gewicht fallen, sei eine reine Rechtsfrage.

Eine andere Frau wurde von der Angeklagten Dr. Bauer wegen Beschwerden am Magen, Herz und stark heruntergekommenem Allgemeinzustand behandelt. Die Schwangerschaft wurde unterbrochen, die Frau sterilisiert. Der frühere Hausarzt der Zeugin bezeugt, daß sie bei einer Untersuchung im Jahr 1929 förmlich sehr stark heruntergekommen gewesen sei. Bei der Röntgenuntersuchung konnte zwar nichts festgestellt werden, doch ergab die chemische Untersuchung des vollkommene Fehlen der Magensäure. Prof. Kräuter billigt Dr. Merk den guten Glauben an, da es sich um eine körperlich schwer mitgenommenen Frau gehandelt habe. Die beiden anderen Sachverständigen schließen sich dem an.

Mit dem nächsten Fall wurde ein sehr schwieriges gynäkologisches Gebiet betreten. Es handelt sich um die Frage, ob bei Rückwärtsverlagerung der Gebärmutter und Gebärmuttervorfall eine Sterilisation nicht für angezeigt ist. Professor Kräuter hält objektiv die Sterilisation nicht für angezeigt. Professor Liepmann lehnt zwar objektiv die medizinische Indikation Dr. Merks ab, aber er glaubt, wie auch Professor Schwarzscher, daß Dr. Merk subjektiv im Recht war. Es wird betont, daß man gerade bei solche Operationen gynäkologisch vorabsehen mußte, was bei Dr. Merk nicht der Fall sei. Er operierte so gut wie er es konnte und für Recht hielt.

Der letzte Fall war wieder ein Fall sozialer und medizinischer Natur. Eine Zeugin, Mutter von fünf Kindern, von denen vier am Leben sind, hatte bei den Geburten schwere Blutungen. Auch hier wird Dr. Merk und dem Mitangeklagten Dr. Weber der gute Glaube zuerkannt. Die Wächterin mußte große Vorsicht walten lassen wegen der anormalen Blutverluste bei der letzten Geburt. Liepmann weist darauf hin, daß jede klinische Fälle von Blutungen der Gebärenden aufzuweisen habe und daß jede neue Geburt eine neue und schwere Gefahr für die Mutter darstelle. Sterilisation sei also berechtigt. Den gleichen Standpunkt vertritt der Vorsitzende des Verstoßverfahrensausschusses Prof. Dr. Schwarzscher. Nach den sozialen Verhältnissen und den biologischen Leistungen dieser Mutter hätte eine neue Geburt ihr nicht mehr zugemutet werden können. Subjektiv und objektiv sei die Sterilisation in diesem Falle berechtigt gewesen.

### Gewerkschaftliches

#### Der Kampf in der Textilindustrie

Die badischen Textilunternehmer haben die Verbindlichkeit des vom Schlichter gefällten Lohnschlichterspruches beim Reichsarbeitsministerium beantragt. Ueber die Verbindlichkeit kann in diesem Falle nur das Reichsarbeitsministerium entscheiden. Es ist nicht anzunehmen, daß das Reichsarbeitsministerium einem weiteren Abbau dieser an und für sich zu niedrigen Löhne zustimmen wird. Es hiesse ja die Textilarbeiterschaft zur Verzweiflung treiben, wollte das Reichsarbeitsministerium den Wünschen der Unternehmer nach weiterem Lohnabbau in der Textilindustrie Rechnung tragen.

Die Sinnlosigkeit der Unternehmerforderung tritt bei den Verhandlungen in den Begründungen, die von ihnen abgegeben werden, fraß zu Tage. So lauten die badischen Unternehmer, daß sie die höchsten Frachtkosten von ganz Deutschland hätten und demzufolge einen Ausgleich bei dem Lohn haben müßten. Einige Tage später machen die Unternehmer von Württemberg darauf aufmerksam, daß sie die höchsten Frachtkosten von Deutschland zu tragen hätten. Der Vertreter eines in Schloffen gelegenen Betriebes behauptete, er habe die höchsten Frachtkosten. Da er behauptete sogar, daß die Schmutzkonkurrenz für ihn in Baden und Württemberg liege. So wird ein Betrieb gegen den anderen ausgespielt mit dem Ziel, den deutschen Textilarbeiter zum Paria der deutschen Arbeiterschaft herabzumühen.

Alle diese Behauptungen der Unternehmer, soweit sie sich auf ungleiche Löhne oder dadurch hervorgerufene Schmutzkonkurrenz zu stützen versuchen, werden am besten durch das vom Deutschen Textilarbeiterverband herausgegebene Buch über die Tariflohnentwicklung in der deutschen Textilindustrie widerlegt.

#### Die neuen Schlichtungsverhandlungen für die Textilindustrie

Die am Mittwoch in Karlsruhe stattfanden, sind von den Unternehmern genau so wie die vorausgegangenen Verhandlungen angeordnet worden. Die Unternehmerbefugten haben die Schlichterkammer im Laufe der Verhandlungen plötzlich verlassen. Eine schimmernde Verklärung der Staatsautorität, als sie sich die württembergischen Textilindustriellen nun bereits zum zweitenmal gefeiert haben, kann man sich nicht gut vorstellen. Der Schlichter war infolge der ersten Verhandlungssitzung aus dem Lande. Der Schlichter für die Schlichterkammer unter Androhung von Strafe in Höhe von 500 Mark für den Fall des Nichterscheinens nach Karlsruhe zu leben. Nun haben die Unternehmervertreter zum zweitenmal den

# Billige Lebensmittel

Freitag — Samstag

<b>Käse / Butter</b>	<b>Frischer Spargel</b>	<b>Wurst- und Fleischwaren</b>
Vollflüssiger Camembert 6 teilig 36 Pfund 35.7	I. Sorte 40 Pfund 30.7	Landjäger 4 Paar 75.7
Münsterkäse 1/2 Pfund 35.7	II. Sorte 30 Pfund 12.7	Stuttg. Knackwürste Pr. 25.7
Tilsit 1/2 Pfund 40.7	Har. wozengriß Pfund 24.7	Krautwurst 6 Pfund 68.7
Edamer in Stücken, 1/2 Pfd. 24.7	Malzkefse 1/2 Pfund 24.7	Dörrfleisch 1 Pfund 75.7
Liptauer 1/2 Pfund 25.7	Wetzemehl 5 Pfund 88.7	Motwurst 1 Pfund 1.10
Frische Teesutter 1/2 Pfund-Stück 68.7	Linson 1/2 Pfund 15.7	Schinkenwurst 1/4 Pfund 23.7
Frische Landbutter Pfd. 1.25	Weißes Bohnen 1/2 Pfund 15.7	Thür. Roiwurst 1/4 Pfund 30.7
Eier-Makkaroni Pfund 48.7 2 Pfund 85.7	Rehshlegel u. Rücken Pfund 1.10	Fst. gekocht. Schinken Naturpökung 1/2 Pfund 60.7
Grilo-Spaghetti Pfund 38.7 2 Pfund 73.7	Masthühner 1/2 Pfund 95.7	Salatöl Liter 48.7
Margarine 55 Pfund 28.7 2 Pfund 55.7	Junge Backhähnen Stück 1.45	Tafelöl Liter 65.7
Rhabarber 3 Pfund 18.7	Eis-Bonbons gewickelt 34.7	Erdnußöl Liter 78.7
	Frucht-Waffeln Pfund 68.7	<b>Kasseler Rippenpeper 85 Pfund</b>
		<b>Kopsalat 18.7 frisch, 3 Stück</b>

**Edesheimer weiß Ltr. 48.7**  
**Gimmeldinger rot Ltr. 50.7**  
**Malaga rotgold Ltr. 1.25**  
**Vermouthwein Ltr. 80.7**  
**Suchard-Schokolade Vollmilch und Schmelz 2 Tafeln à 100 Gramm 90.7**  
**Pralinen Karton, 200 gr 45.7 100 gr 23.7**

Schlichter auf den Sand gesetzt. Ihr Vorgehen — bei den Textilindustriellen des Münsterlandes hat es bereits Nachahmung gefunden — bedeutet nichts anderes als eine freche Herausforderung des Reichsarbeitsministeriums. Wir sind nun wirklich darauf gespannt, ob der Reichsarbeitsminister Stegerwald, der gegenüber den Arbeitern im Lohnabbau sehr oft eine sehr harte Hand gesetzt hat, nun auch den Mut hat, den Unternehmern, die ihn und das Schlichtungsamt förmlich verhöhnen, die Zähne zu zeigen.

#### Die Lohnabwelle im Malergewerbe

Wie bekannt steht das Malergewerbe seit 1. Mai im Zeichen des Lohnabbaues. Seit über 20 Jahren sind die Löhne im Gewerbe durch das Haupttariffamt geregelt worden. Den Arbeitgebern hat diese Regelung nicht mehr gefallen, sie leben ihre Zeit für gekommen, um die Notlage der Gehilfen durch herbeigerufen durch die soziale Arbeitslosigkeit in einer der brutalsten Art auszunutzen. Am 12. und 13. Mai fanden unter dem Vorsitz des amtlichen Schlichters Regierungsrat Nicauser zentrale Lohnverhandlungen statt. Da die Arbeitgeber nicht von der unverständlichen und in keiner Weise begründeten Forderung 22 Prozent bis 50 Prozent Lohnsenkung abgingen, hat der Schlichter einen Schlichterspruch gefällt, welcher 16 Prozent Lohnabbau vorsieht, das ist ein Lohnabbau von 17 und gleich einem Stundenlohn von 89 Pf. Den Arbeitgebern ging dieser Schlichterspruch nicht weit genug, sie lehnten denselben ab. Die Gehilfenchaft stimmte dem Schlichterspruch zu und hat die Verbindlichkeitsklärung bei dem Reichsarbeitsministerium beantragt. Es ist festzustellen, daß die Arbeitgeber im Malergewerbe in Südwestdeutschland und insbesondere die badische Malermeister-Vereinigung, sich bei dem Lohnstreit als die reaktionärsten Schornstein haben. Wenn man sich die Tarifverhältnisse und die Preisentwicklung im badischen Grenzland gegenüber dem Reich ansieht, so muß man feststellen, daß die badische Indexziffer um 4.7 Prozent höher steht als wie im Reichsdurchschnitt. Es ist daher der reaktionäre Standpunkt der Malermeistervereinigung nicht zu verstehen, zumal die Löhne in Baden im Malergewerbe immer um 10 bis 15 Pf. die Stunde niedriger waren als in den übrigen gleichalgerierten Städten Deutschlands. Der Schlichterspruch sowie das rigorose Vorgehen der Arbeitgeber, die vor wie nach auf ihrem einseitigen Lohnabbau von 35 Prozent beharren, welche eine Lohnsenkung von wöchentlich 15.00 M. ausmacht, hat bei der Gehilfenchaft eine starke Empörung hervorgerufen. Steht doch ein Malerachille mit dem höheren Lohn von 75 Pf. und die Stunde weiter unter dem Lohn eines Hilfsarbeiters, wogegen ein Malerachille 4 Jahre lernen muß und durch die Verarbeitung von giftigen Farben und sonstigen schädlichen Materialien gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt ist. Auch die Selbstlosigkeit hat ein Interesse daran, wie die Lohngestaltung in einem Gewerbe aussieht, es ist daher die Frage an sämtliche öffentlichen und privaten Auftraggeber zu richten: **find auch die Preise für die geleisteten Arbeiten durch die Arbeitgeber im Malergewerbe um 35% senkt worden?** auf diese Antwort sind wir gespannt.

Der Verband der Maler, Filiale Karlsruhe.

#### Manifest der englischen Gewerkschaften

WTB. London, 25. Mai. Der Generalrat des Gewerkschaftsverbandes und die Exekutive der Arbeiterpartei veröffentlichten ein Manifest, in dem erklärt wird, die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens, die Voraussetzung der Überwindung der Wirtschaftskrise sei vollkommen unmöglich ohne Lösung des Problems der politischen Schulden, ohne Aufhören des übertriebenen Protektionismus, ohne Garantierung des Friedens in Ostasien gegen den japanischen Imperialismus und ohne wesentliche Etappe auf dem Wege der Abrüstung. Diese vier Fragen seien eng verknüpft. Das Manifest schließt mit einem Appell an die Arbeiterorganisationen, auf die Regierungen dahin einzuwirken, daß sie einen Abrüstungsvertrag entsprechend den Forderungen der Arbeiterbewegung und der sozialistischen Parteien der ganzen Welt abschließen.

#### Gemeindepolitik

##### Die Not der Gemeinden

Berlin, 26. Mai (Eig. Draht). Eine Reichskommission sozialdemokratischer Kommunalpolitiker, die am heutigen Donnerstag in Berlin saß, nahm nach einem Referat des Berliner Stadtkämmerers Uch über „Die Gemeinden unter den Notverordnungen“ einstimmig folgende Entschlüsse an:

„In immer stärkerem Maße wälzt das Reich die Sorgen für die Unterhaltung der Arbeitslosen und anderer Hilfsbedürftigen auf die Gemeinden ab. Die Gemeinden waren infolgedessen auszunutzen, mit eiserner Energie ihre Steuern anzuspinnen und ihre Ausgaben abzustopfen. Dadurch wurden die Steuerlasten der arbeitenden Bevölkerung noch weiter erhöht, die sozialen Aufgaben der Gemeinden vernachlässigt, die Arbeitslosigkeit durch Droßelung der öffentlichen Arbeiten vergrößert. Trotzdem hat sich die Finanzlage der Gemeinden immer gefährlicher und unheilvoller entwickelt. Sie ist so unheilbar geworden, daß sich endlich auch das Reich, das an der Notlage der Gemeinden den größten Teil der Schuld trägt, zu weitergehenden Hilfsmaßnahmen genötigt sieht. Der Reichsausschuß für Kommunalpolitik der Sozialdemokratischen Partei hält aber die in der geplanten Notverordnung vorgesehenen Maß-

nahmen für durchaus unzureichend. Er stellt vielmehr fest, daß es nur einen befriedigenden Ausweg aus dieser gefährlichen Lage gibt: Die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund seit langem geforderte Verschmelzung von Kriegen- und Wohlfahrtsfürsorge unter voller Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung. Bei dieser Verschmelzung muß in erster Linie darauf geachtet werden, daß die Unterhaltungsstätte ein menschenwürdiges Dasein der Unterhaltungsunfähigen gewährleisten.

Andere Teile des Reichsausschusses für Kommunalpolitik der Sozialdemokratischen Partei die wichtigste Aufgabe in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liebt. Ohne zu verkennen, daß die entscheidenden Voraussetzungen in der Überwindung der wirtschaftlichen Krise und in der außerpolitischen Verständigung liegen, ist er doch davon überzeugt, daß durch eine großzügige Arbeitsbeschaffungsaktion eine Minderung der Arbeitslosigkeit erreicht werden könnte. Bei dieser Aktion sind solche Arbeiten zu bevorzugen, bei denen der Anteil der Arbeit an den Gesamtkosten möglichst groß ist, wie Wohnungs- und Straßenbauten. Weiterhin muß im Rahmen der Aktion den Gemeinden ermöglicht werden, die Fürsorgearbeit und die Betreuung der Erwerbslosen durch produktive Schulung und Arbeit in ausreichendem Umfang durchzuführen.

#### Kleine bad. Chronik

##### Schweres Autounglück — Ein Toter

WTB. Bruchsal, 25. Mai. Auf der Landstraße zwischen Neuborf und Bruchsal ereignete sich heute abend ein schweres Autounglück. Ein Karlsruher Personenauto fuhr gegen einen Lastwagen. Dabei fand der Fahrer der Karlsruher Fabrikerei und Chemischen Maschinenfabrik in Karlsruhe, T. J. Meus, den Tod, während der mitfahrende Fabrikant P. P. P. zeller aus Karlsruhe schwere Verletzungen erlitt und ins Karlsruher Krankenhaus gebracht werden mußte.

Das Unglück ereignete sich gegen 6 Uhr. Am Oitagsabend von Bismarck hieß der Karlsruher Wagen mit einem von Mannheim kommenden Lastwagen aus bisher unbekannter Ursache zusammen. Die Schuldfrage ist noch unklar.

##### Tödlicher Sturz aus dem Fenster

Karlsruhe, 25. Mai. Gestern abend gegen 11 Uhr wurde die älteste Einwohnerin von hier, Frau Berta K. v. einem Fenster des zweiten Stocks in den Hof, gegen Morgen um 5 Uhr verstarb sie an den Folgen des Unfalls.

##### Unmeterschäden

\* Deitingen, 25. Mai. Die schweren, teilweise wolkigen druckartigen Regennüsse der letzten Tage sind in der hiesigen Gegend nicht spurlos vorübergegangen. Auf verschiedenen Stellen wurden die erst vor kurzem gesetzten Saatfelder in der Regel und fortgeschwemmt. Die Saatfelder und Weidenränder wurden zum Teil durch die Wasserfluten schwer beschädigt worden, was in vielen Fällen schon die starken Regennüsse wiesentlich Schaden anrichtete.

##### Gütenbach, 26. Mai. Siskula.

Anfangs der Woche erlitt der vierjährige Tochter des Zimmermeisters Thom a einen Schlaganfall. Das Kind hatte ohne Kopfbedeckung längere Zeit im freien Sonnenlicht gespielt. Es ist zur Zeit noch bewusstlos.

Am bei Oberlin...  
 des Brauereibesizers Bauhöfer wurden dieser Tage zwei Drittel der neuangelegten Reben herausgerissen und mitgenommen.

Oppau, 25. Mai. Gemeine Unterschlagungen. Hier kam nun Unterschlagungen des Sparkassenhilfskontrollers Sch. auf die Spur. Die Unterschlagungen sind um so gemeiner, als Sch. seiner Eigenschaft als Vorstandsmittglied des katholischen Sparvereins Spargelder der Geleisen für sich einbehielt. Die Unterschlagungen Gelder soll sich auf etwa 1000 M. belaufen. Die Angehörigen des Sch. wollen für die unterschlagenen Gelder haften.



# Groß-Karlsruhe



## Geschichtskalender

27. Mai.

1892 Bombardier Post. — 1871 Franz. Revolutionäre Militäre erschossen. — 1910 Bakteriologe Robert Koch. — 1920 Lettland wird unabhängig. — 1920 Masarat wird Präsident der Tschechoslowakei. — 1931 Prof. Riccards Ballonauffstieg in die Stratosphäre.

## Kinder durch explodierende Sprengkapsel schwer verletzt

Am Mittwoch nachmittag spielte in der Augartenstraße ein zehn-jähriger Knabe mit einer Sprengkapsel, die er im Rangierbahnhof gefunden haben will. Dabei explodierte die Kapsel, wobei dem Knaben die rechte Hand furchtbar verkrümmelt wurde und drei Finger verloren sein dürften. Drei andere Kinder, die dem Spiel zusahen, wurden ebenfalls an den Beinen, am Oberkörper, am Hals und am Kopf erheblich verletzt. Wie zu dem Unglücksfall weiter zu erfahren war, hatte ein zehn-jähriger Knabe in den Gartenbrunnweiden ein Holzstäbchen gefunden, das verpackt war und das er mit nach Hause nehmen wollte. Er traf in der Südstadt andere Kinder und es wurde nun des Kästchens geöffnet. Nachdem er es einige Male auf den Boden geschlagen hatte, gab es einen Knall und die im Kästchen befindliche Sprengkapsel explodierte und zerbrach dem Knaben die rechte Hand. Drei andere Kinder erlitten schwere Verletzungen an den Beinen, am Hals und im Gesicht. Sehr rätselhaft bei der ganzen Sache ist die Herkunft des Kästchens, über die noch völlige Unklarheit herrscht.

## Verkehrsunfall mit Todesfolge

Am Mittwoch abend gegen halb 9 Uhr wollte ein Ehepaar auf Fahrtraden von der Kubollstraße in die Durlacher Allee einbiegen. Während der Ehefrau, der vorausfuhr, bereits die Durlacher Allee erreicht hatte, wurde die Frau von einem von ihr nicht beachteten Strahlenbahnwagen erfasst und eine größere Strecke weit geschleift. In schwer verletztem Zustand wurde die Frau in eine nahegelegene Wirtschaft gebracht, wo ihr von Polizeibeamten Notverbände angelegt wurden. Die Verletzungen waren jedoch derart schwerer Natur, daß die Bedauernswerte auf dem Wege zum Städt. Krankenhaus starb. Es handelt sich um die 37 Jahre alte Schneiderschneidwerkmeisterin Friederike Kupperer aus der Degenfeldstraße. Erkennungsdienst und Kriminalpolizei sind im Benehmen mit dem Bahnamt mit der Ermittlung der Ursache des schweren Unglücks beschäftigt.

## Gesellschaftsfahrten auf dem Rhein bei Karlsruhe

Bedauerlicherweise hat in diesem Frühjahr die Rhein-Düsseldorf-Rheinbahn-Gesellschaft die regelmäßigen Ferienfahrten auf dem Oberrhein eingestellt. Damit ging die Möglichkeit verloren, weiten Kreisen unserer Bevölkerung die Schönheiten dieses noch urwüchsigem romantischen Rheingebietes zugänglich zu machen. Verlorene ging aber auch ein wertvoller Werbeeffekt für Mittelbaden. Man wird daher dem Verkehrsverein Karlsruhe dankbar sein dürfen, daß es ihm gelungen ist, ein größeres Motorboot wenigstens für Gesellschaftsfahrten von Karlsruhe aus rheinwärts und rheinabwärts zu interessieren, und so auch weiterhin die außerordentlich reizvollen Ausflüge auf dem schönsten deutschen Strom zu ermöglichen. Welch hervorragenden Genuß eine Fahrt auf dem Oberrhein am liebsten den verträumt stillen Wäldern, vorbei am sonnigen Rheinstrandbad Rappnau mit seinem regen Badebetrieb, vorbei an den niedlichen Harthöfen mit einem wunderbaren Ausblick nach den fern liegenden blaugrünen Höhen des Schwarzwaldes und der Oberardt auf beiden Seiten des Ufers dem Ausflieger zu vermitteln vermag, beweis die am Mittwoch nachmittag vom Verkehrsverein Karlsruhe veranstaltete Wetzlar- und Boppardfahrt mit dem Motorboot „Enderle von Reisch“ des Kapitän E. Imhof. Es wäre zu begrüßen, wenn die Einwohner der Landeshauptstadt in diesen Sommermonaten den Rhein recht häufig als Ausflugsziel wählen und sich dabei der Vermittlung des Verkehrsvereins bedienen würden, damit es vielleicht im nächsten Jahr wieder gelänge, einen regelmäßigen Ferienfahrtsverkehr auf dem Rhein nach und von Karlsruhe als dauernde Einrichtung zu schaffen.

Bereits am kommenden Samstag und Sonntag wird das Motorboot „Enderle von Reisch“ die ersten Nachmittagsrundfahrten auf dem Rhein abends und dem Rheine aufnehmen und in derselben Weise durchführen, wie die vorjährigen „Kaffeefahrten“, die stets starken Zuspruch fanden und immer ausverkauft verliefen. Am Samstag nachmittag von 3-5 Uhr wird die erste Fahrt ab Rheinbaben-Nordhafen vor sich gehen, am Sonntag nachmittag werden zwei Rundfahrten stattfinden, eine in der Zeit von halb 3 bis halb 5 Uhr, die andere von 5 bis 7 Uhr. Den Kartenvorverkauf besorgt ausschließlich der Verkehrsverein (Auskunftsstelle Kaiserstraße, Ecke Ritterstraße). Die Preise sind recht mäßig. Näheres beiliegend.

## Soll der arbeitende Mensch Sport treiben!

Wenn man ihn fragt, antwortet der Mann: „Ich habe den ganzen Tag meinen Sport, das laufende Band sorgt auch für meine Bewegung“ und die Frau erklärt: „bis ich meine Hausabkaltung beordert habe, ist mein Bedarf an Sport gedeckt“. Beide haben Recht und Unrecht. Recht insofern, als die tägliche Arbeit körperliche Ermüdung bringt. Unrecht aber, weil sie annehmen, Ziel des Sportes sei Anstrengung des Körpers bis zur Ermattung und Gliedererschmerzen und „Turnfieber“. Der Arbeiterport hat andere Ziele. Im Mittelpunkt des Arbeiterportes steht der Mensch. Der Arbeiterport will keinen Gipfelport, sondern einen vernünftigen Körperport. Die sportlichen Übungen sollen Körperbildung und geistige Ausspannung vereinen. Und diese Art von Sportausübung hat der arbeitende Mensch auch im zunehmenden Alter nötig. Mit dem vierzigsten Lebensjahr bemerkt der Mensch an verschiedenen Zeichen, daß er nun einmal nicht mehr zu den Jungen gehört. Das Treppensteigen wird ihm schwerer, bei Wanderungen stellt er fest, daß Höhen, die er früher spielend nahm, mehr Anforderungen ans „Schnaufer“ stellen. Und da muß er etwas unternehmen. Nun wäre aber grundfalsch, wenn er wieder die Turnhalle aufsuchen möchte und versuchen wollte, die „Kippe“ oder „Schwungstemma“ und wie die schönen Geräteübungen heißen, wie in der Jugend zu üben. Gerade in diesem Falle würde sich nach dem Turnen „Turnfieber“ einstellen, das dem Menschen die Lust an weiteren Übungen nehmen würde. Die Übungen müssen auf andere Gebiete des Arbeiterportes verlegt werden. Männer und Frauen müssen vielseitige Gymnastik treiben, die Entspannung und Lockerung des Körpers bringen. Daneben müssen die in einem gewissen Verkrampftsein befindlichen Muskelgruppen gedehnt und die Gelenke gelöst werden. Im Körper siedet nach der täglichen Arbeit Ermüdungssäfte. Die Gymnastik bringt hier den nötigen Ausgleich. Durch Zusammenziehen eines Muskels werden die Blutadern zusammengedrückt; das mit verbrauchten Stoffen beladene Blut wird zum Herzen gedrückt und dem sauerstoffreichen Blut wird das Nachströmen erleichtert, wodurch dem Herzmuskel rein mechanisch Arbeit abgenommen wird.

Das kommt, daß ein arbeitender Muskel mehr Blut braucht, als ein ruhender.

In der Freien Turnerschaft wird die Gymnastik nach den Regeln des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Gemeinschaftsübungen ausgeführt. Das gilt für den Sport der Männer und der Frauen. Die Ausführungen der Übungen nach dem Rhythmus der Musik oder des Gongschlages belebt ungemein und schüßt den Nervösen vor zu heftiger Ausübung und damit vor Ueberanstrengungen. Die Gemeinschaftsübungen bringen aber auch viele Freude.

Und darauf muß der reifere Mensch noch viel mehr als der jugendliche leben, daß sein Sport ihm ein gerüttelt Maß Lebensfreude einträgt, ihn innerlich erhebt und geistig erneuert. Das braucht er von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in höherem Maße. Denn nur aus Freude und Fröhlichkeit quillt jene innere Kraft, die auch den alternenden befähigt, die Widerstände des Lebens und alle Weltverdröbnisse zu meistern.

Der Sport darf aber nicht bis zu Ermüdungserscheinungen fortgesetzt werden. Von dem Moment an, wo Ermüdung mit Energie bekämpft werden muß, hat die sportliche Bedeutung für den reiferen Menschen ihren Sinn verloren. Gymnastik treiben, heißt Gesundheit häufen!

Jeder denkende Mensch wird nun nachprüfen, ob er das getan hat, was er seinem Körper schuldig ist. Und er wird finden, daß er die Pflicht hat, seinen Körper beweglich und widerstandsfähig und seinen Geist frei und froh zu gestalten.

Es ist kein Zufall, daß sich in letzter Zeit eine starke Beteiligung der Männer und Frauen in den Abteilungen der Freien Turnerschaft gezeigt hat. Tut desgleichen! Kommt zu uns zum Turnen und zum Sport! Macht euch frei!

Turnabende der Freien Turnerschaft: Dienstag abends 6-10 Uhr Schüler, 10-12 Uhr Erwachsene in den Turnhallen der Uhlmann, Tulla, Guttenberg- und der Harbtschule.

Mittwoch abends 8-10 Uhr Turnfrauen in der Goetheschule. Donnerstag abends 6-10 Uhr Schülerinnen, 10-12 Uhr Turnerinnen in der Tulla- und Harbtschule. 10-12 Uhr Männer und Sportler in der Goetheschule. 10-12 Uhr Frauen in der Karl-Wilhelm-Schule.

Freitag abends 6-10 Uhr Schülerinnen, 10-12 Uhr Turnerinnen in der Guttenberg- und Uhlmannschule.

## Goldregen

Nun blüht ein Strauch nach dem andern. Ist die Zeit des Blüteners da, so will auch der Goldregen nicht mehr warten. In lauen Trauben hängen seine Blüten vom Busche herab.

Nach ist das ganze Gefüge des Strauches, die biegsamen Zweige sind lang und schlank. Die schmalen grünen Blattspreiten stehen dreizählig an feinen Stengeln. Ungeheiß sind diese: manche länger, andere kürzer. Eine ganze Zahl von ihnen, — sechs, neun oder noch mehr — gehen von einer Stelle des Zweiges aus und richten sich nach den verschiedensten Seiten. Alle Gräser sind bei den Blättern vertreten, von den kleinsten, noch der Länge nach zusammengefaßten, bis hin zu den größten, die fast fingerlang werden. Die Stiele verjüngen sich, alles Blattwerk auseinander zu schieben.

Weit auseinander stehen auch die Blüten. Die Traubenäste strecken sich lang und schlank. Sie neigen sich anfangs gleich nach unten und macht an der Spitze noch wieder einen Bogen. So kommt ein großer, feiner Schwung heraus. Auch das Schmelzwerden nach unten ist geschieht ganz langsam. Nach allen Seiten von der Höhe aus gehen wieder dünne Stielchen ab, deren jedes eine gelbe Blüte trägt.

Querzt erblühen die oben stehenden. Man muß sie von unten betrachten. Dann sieht man die Schmetterlingsblüte mit dem großen, längsgekniffen, oberen Blütenblatt, das wie ein Dach die anderen Organe der Blüte schützt; mit den beiden schlanken, an der Spitze gefrümmten, seitlichen Blütenblättern, und — wenn man die Blüte an der Spitze betrachtet — dem Schiffe in der Mitte. Dieses erst trägt die Fortpflanzungsorgane. Bräunliche Streifen des Deckblattes weisen zu ihnen hin.

Nach unten zu sind die Blüten anfangs noch geschlossen. Dann haben sie die Form kleiner, gelber Schoten, die, leicht gebogen, leicht absteigen. Am Stielende sind sie vom blaugrünen Kelche eingefaßt.

Eine ganze Stufenleiter der Blütenentwicklung läßt sich verfolgen. Ganz klein zuerst sind die an der Spitze stehenden Blüten, während sie in der Traubenmitte schon bedeutend größer dastehen und am oberen Ende gar voll erblüht sind. Oben hat sich auch die Blüte am meisten gereicht, daß alle fertigen Blüten weit auseinander stehen. Die Knospen nach unten zu sind noch ein wenig enger zusammen.

Der Goldregenbusch hängt ganz voll von Blütentrauben. Im letzten Luftzuge schwanke sie hin und her. Auch die Blätter machen die sanfteste Luftbewegung mit. Und weil die gelben Blüten so locker stehen, daß überall das Grün darunter sichtbar bleibt, darum umwirbt der Strauch den Eindruck, als sei hier von oben nach unten ein wenig Gold hängen geblieben, — als habe es Gold geregnet.

## Aufruf

Von der Landesarbeiterwohlfahrt in Mannheim ergeht an uns ein Aufruf, den Arbeiterfamilien der völlig stillgelegten Glasindustrie in Thüringen zu helfen! Wie wollen wir helfen? Es sollen in Karlsruhe vielleicht 20 Kinder der ärmsten Thüringer Arbeiterfamilien während der Dauer der örtlichen Erholungsfürsorge im Waldheim, kostenlos untergebracht werden. Die Fahrtkosten aus Thüringen hierher übernimmt die Landesarbeiterwohlfahrt.

Es fehlt nur an Unterkunfts-möglichkeiten in Familien für die Kinder. In Anbetracht der besonderen Notlage der Familien in Thüringen bitten wir herzlich alle Genossen und Genossinnen, welche noch irgendwo in der Lage sind, ein Kind zur Uebernachtung über einige Wochen aufzunehmen, sich bei uns zu melden.

Große Unkosten entstehen dem Einzelnen nicht, da die Kinder tagsüber im Waldheim untergebracht und verpflegt werden. Wir nehmen aber durch unsere praktische Hilfsbereitschaft allen Familien eine sehr große Sorge aus das körperliche und geistliche Wohlergehen ihrer Kinder ab. Jede Arbeiterwohlfahrt im Lande Baden wird sich an dieser Hilfsaktion beteiligen.

Um diese Sache bis zum Beginn der Sommerferien regeln zu können, bitten wir nochmals um baldige Anmeldungen. Arbeiterwohlfahrt Geschäftsstelle Karlsruhe alter Bahnhof (Hl. Pfäfel)

## Die Polizei berichtet:

### Diebstähle

In den letzten Tagen wurden mehrere Fahrräder, ein Kinderwagen und ein Korb mit Gemüse von bis jetzt unbekanntem Täter entwendet.

### Unerlaubtes Fischen

Wegen unerlaubten Fischens in der Nähe von Daxlanden gelagert mehrere Personen zur Anzeige.

### Wilde Hunde

Die Polizei mußte in den letzten Tagen in sechs Fällen gegen Hundebesitzer einschreiten, die der Vorschrift wider ihre Hunde nicht mit einem Maulkorb versehen hatten. Da verchiedentlich Personen von berartigen Hunden gebissen wurden, mußte ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung eingeleitet werden.

## Korrigierte Schnellrichter-Urteile

Im. Wegen unbefugten Zettelanklebens stand der Finanzreferent Otto Kubnerz von hier vor der 3. Strafkammer (Vorpräsidenten Landgerichtsrat Sorg). Der Angeklagte hatte während des Wahlkampfes zur Reichspräsidentenwahl nationalsozialistische Parteizettel am Besirksam, am Badenwert und Café Roland angebracht und war vom Schnellrichter seinerseits hierwegen zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Er hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt. Die Strafkammer änderte auf seine Berufung das Urteil des Schnellrichters dahin ab, daß es eine Geldstrafe von 100 Mark statt 14 Tagen Gefängnis sei und sich bisher straflos gehalten habe. Die Strafkammer gebe jedem Beamten das Recht der freien politischen Ueberszeugung, aber dieses Recht dürfe jedoch nicht dazu mißbraucht werden, die gesetzlichen Bestimmungen zu übertreten. Es war nicht zu berücksichtigen, daß er wegen dieses Vorfalls seines Dienstes enthoben wurde, was schon eine empfindliche Beeinträchtigung seines Einkommens darstelle.

Einige weitere Angeklagte, der Maler Friedrich Walter in Straßburg, der Monteur Hans Müller aus Gernsbach, der rationalsmaler Ernst Götz und der Schlosser Erwin Dölle in Durlach, die wegen unbefugten Zettelanklebens vom Schnellrichter zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt worden waren, erließen den ihre Berufung die Umwandlung in Geldstrafen von 6 und 12 Mark. (Mit diesen Urteilen der Strafkammer unter Vorsitz des Herrn Sorg dürfen die Nazis hierfür zufrieden sein.)

(1) Der hiesige Mandolinenverein „Edelweiß“ bereite am Samstag den Anfall des Städtischen Altersheims wieder ein musikalischer Abend. Der Verein ist den alten Leuten schon seit altbekannter und immer gern geliebter Gast, der es auszusprechen versteht, seine Zuhörer zu fesseln. Zwei Baritonisten des Herrn Otto Brähler brachten angenehme Abwechslung.

Verammlung. Man schreibt uns: Am kommenden Sonntag den 29. ds. Mts., mittags 2 1/2 Uhr, findet laut Inserat eine Versammlung aller von Geburt an Verkrüppelten und Beschädigten sowie auch solcher, die erst im späteren oder spätem Alter erkrankten, in der Aula des hiesigen Gymnasiums statt. Einberufen ist der Landesverband Baden des Selbsthilfebundes der Körperbehinderten. Was will die Versammlung? Er will den Behinderten, ob Mann oder Frau, ob Alt oder Jung, den Menschen im Verkrüppelten, in seinen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen erfassen und zur höchstmöglichen, vollkommnen bringen. Er will ihn zu unterrichten veranlassen, die Anfertigung von Hilfsmitteln wie Brotbeln, Gelbfächer, etc. in der Werkstatt des Selbsthilfebundes der Körperbehinderten. Er will die Pflicht des Bundes, neben vielen anderen, die an dieser Stelle angeführt werden können, da es zu weit führen würde, deshal in diese Versammlung, ohne Unterchied des Religionsbekenntnisses und politischen Denkens, um euch zu informieren Zweck und Ziele des Bundes. Keiner darf fehlen.

Die Harmoniekapelle spielt im Stadtpark. Die Freunde unserer schönen Stadtparks und seiner Konzerte seien darauf aufmerksam gemacht, daß am kommenden Samstag nachmittags, 28. ds. Mts. von 15.30 bis 18 Uhr die beliebte Harmoniekapelle unter der Leitung von Duao Kuboldig ein Konzert ausführen wird. Bei dem Programm stehen hervorragenden Konzertprogramm und der Besichtigung dieser Kapelle dürfte der Stadtpark an diesem Samstag nachmittags der Treffpunkt vieler sein. Die Eintrittspreise sind bekannt billigen; Kinder zahlen keinen Musikzuschlag.

## Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Unsere nächste Parteiverammlung findet am 15. Juni statt. Die Genossen Schuler und Stenz werden über „Freie Arbeiterbewegung“ referieren. Wie machen schon heute auf unsern äußerst interessanten Abend aufmerksam.

### Bezirk Südstadt

Mittwoch, den 1. Juni, in der „Deutschen Eiche“, Hauptstraße 60, um 20 Uhr, Bezirksversammlung für den Bezirk Südstadt mit Lichtbildvortrag des Genossen Wenner über die Einführung in die Volkswirtschaft. Wie erlangen wir ein vollständiges Ergehen.

## Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Das Wetter blieb auch in den letzten beiden Tagen kühl und unbeständig mit zeitweiligen Regenschauern. In Nordbaden gesehrt stellenweise Gewitter auf. Die Zufuhr moritum Regenluft ist immer noch nicht beendet, so daß auch morgen noch ein feiner nennenswerter Besserung zu rechnen ist.

Wettervorhersagen für Samstag, 28. Mai. Zeitweise heiter, noch unbeständig und vereinzelt leichtere Regenschauer. Temperaturen vorerst wenig verändert.

## Wasserstand des Rheins

Basel 130; Waldsbut 338; Schusterinsel 203; Rehl 348; Mannheim 420 Zentimeter.

## EISERNE FRONT KARLSRUHE

J.B. 2

Freitag abend 19.15 Uhr Verammlung in der Strohenbleute haben für reiflichen Besuch zu sorgen.

# Wohin? Zur Hausweihe der Freien Turner K.-Bülach am 28. u. 29. Mai 1932

Sportplatz unterhalb Scheibenhart

## Schiffspielhäuser

### Die Residenz-Schiffspiele

Seien es heute das große Ufa-Kon-Zustellspiel: „Es wird schon wieder besser“ mit Dala Saas und Heinz Wilmann in den Hauptrollen. Dieses neue Lustspiel ist ein Film von Willy Roser Marina und Dr. Friedrich Bendorff, nach einem Manuskript von Eugen Spatz und Peter Hell bearbeitet. Ein fröhliches Spiel aus unserer Zeit. Die ganze Handlung baut sich auf einer heiteren Verwicklung auf, die zu den dramatischen Situationen führt. Gerson als Regisseur verliert dem Film das nötige Tempo, das seine Handlung erfordert. Sie spiegelt sich auch in der Scherzerei und dem Aneddotischen wieder, die von den prominentesten Schiffspielern verfocht wurden. In den weiteren Hauptrollen wirken mit: Fritz Grünbaum, Paul Otto, Oskar Sima, Ernst Werde, Josse Widrog, Paul Westermeyer u. a. Außer einem reichhaltigen Wertprogramm ist die neueste Ufa-Lichtschonung das Neueste 1932.

Eine Sensationsgroßtat des Deutschen Schiffspiel-Ensembles „Es geht um Alles“, als neuartige Schöpfung des jungen Lustspielgenies Max Kallied, bringt alle Bekannte aus der Stammstube auf dem Konfessionsfest. Sensation um Eddie Volo und Luciano Alderini aufstehen. Grottesk, wo der in den letzten Jahren immer zu diesem Zweck benutzte „Berichtsbildner“, das Aussehen des Jüngers ersehen muß. Handlungsweise ist als Jünger bei den Vorlesungen im Wintergarten eine Fummel (Szena) verkommen. Sein Leid findet Bestätigung durch den Berichtsbildner oder Jünger tritt. Entschluß von Harry Keller, einem kleinen Kritiker, der sich mit ihr in Hamburg trauen lassen will. Es beginnt eine eifrige Jagd nach ihnen. Der Berichtsbildner ist auch dabei, da er Harry Keller verhaften soll. Es geht also um Alles. Aus dem Wertprogramm sind vor allem die ausgezeichneten Kulturfilme „Ein Abend auf dem Meeressand“ und das „technische Auge“ (Herstellung der Filme für den Photo-Apparat) zu nennen.

### In den Kammerschiffspielen

Wohin, wie uns die Direktion schreibt, „Kafferin Elifabeth von Denezsch“ als Sprich- und Konflikt, vollständig neu gedreht. Einer der schönsten Filme, den man sich überhaupt vorstellen kann, eine Wucht hochdramatischer Begebenheiten, nicht erfinden, sondern Geschicke. Die Tragödie des Königs Ludwig von Bayern und das Drama des Kronprinzen Rudolf mit der Gräfin Veresca.

## Veranstaltungen

Freitag, den 27. Mai 1932:

- Reichliches Landestheater: Der Wildschütz, 20 Uhr.
- Reichliches Schiffspiel: Grottesk Frühlingsraum, 17 und 20.30 Uhr.
- Kammerschiffspiel: Kafferin Elifabeth von Denezsch, Der gefürchtete Rebell.
- Waldschiffspiel: Berlin-Alexanderplatz, Wertprogramm.
- Reichliches Schiffspiel: Es wird schon wieder besser, Wertprogramm.
- Reichliches Schiffspiel: Ode Gerson- und Erdpringsstraße: Verarmung der Reichtümer: Das ganze Jahr über 20% Ubr.

## Aus der Stadt Durlach

### Aus der Stadtratsung vom 25. Mai

Die Erstellung eines Kleideraufbewahrungsraumes im städtischen Schwimmbad, Aufwand 600 M., wird genehmigt. Das städtische Anwesen, Lindenstr. 5, wird an Gustav Liebe verkauft. — Eine Wohnung im städtischen Hause Querstraße 4 wird vermietet. — Die Käufers der städtischen Jagden haben gegen die Höhe der Jagdsummen den Bürgermeister begehrt, auf dem Verleumdungsweg werden die Nachbeträge für die nächsten 2 Jahre neu festgesetzt. — Ein Einbürgerungsgesuch wird befürwortet. — Verschiedene Gesuche um Ermäßigung der Gebäudebesitzersteuer werden nach Entscheidung der zuständigen Kommission erledigt, bei 2 Gesuchen wird die Bewilligung befristet. — Bei 2 Wirtschaftszonengesuchen wird die Bewilligung befristet, ein Gesuch um Erlaubnis zum Handel mit Fleischwaren wird abgelehnt. — Hinsichtlich der schon in früheren Sitzungen behandelten Sache, die in Verbindung mit der Angelegenheit der Mittelmeerseiner Zeit gemachten Ausgaben betr., wird mitgeteilt, daß dem Antrag des Stadtrates auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den früheren Oberbürgermeister stattgegeben wurde. Ein nationalsozialistischer Antrag, das das Recht der städt. Beamten auf freie Meinungsäußerung gewährleistet werden solle, wird vom Vorsitzenden kurz dahingehend beantwortet, daß die landesrechtlichen Bestimmungen maßgebend seien. — An Bauanschlägen, wo die Herren das Heft in der Hand haben, und alle sozialdemokratischen Beamten mit mehr oder weniger Gewaltmaßnahmen aus dem Staatsdienst entfernen, wäre ein solcher Antrag ganz annehmbar. Hier aber wirkt er direkt grotesk, denn er ist noch nur mit dem stillschweigenden Vorbehalt gestellt, ihn, wenn man zur Macht kommt, — nicht, wenigstens nicht für Anwerbszwecke — gelten zu lassen. D. Berichterst. — Für das städtische Schwimmbad werden Jahresabonnements zu 10 M. ausgeschrieben. — Für ein Kartagebietes Konzert wird die Veranschlagungsbetrag ermäßigt. Die Zahl der Erwerbslosen ist mit 2085 nahezu unverändert geblieben.

## Marktberichte

Durlacher Viehmarkt am 25. Mai. Aufgetriebene Tiere: Kühe 65, Kalbinnen und Rinder 12, Rälber 14; verkaufte Tiere: Kühe 60, Kalbinnen und Rinder 8, Rälber 14. Für Kuh- und Zuchtstiere erhaltene Preise: Milchkühe 350, 300, 400 M., Zuchtstiere 380, 320, 420 M., Kalbinnen, trächtig 360, 300, 400 M., Rälber 150, 120, 200 M. Als häufigster Preis gilt der für die bezeichnete Kategorie am häufigsten (meisten) beachtete Preis. — Käufers, Marktpreise am 25. Mai. 22 Käufer, Paar 45—70 M., 23 Ferkel, Preis per Paar 22—35 M., Tafelbutter per Pfund 1.40 bis 1.60 M., Landbutter per Pfund 1.30—1.50 M., Trinker 7—8 Pfennig, Rindfleisch 6—8 Pfennig, Markt lebhaft. — Kniefinger Schweinemarkt vom 25. Mai. Zufuhr: 31 Milchschweine. Preise: 30 M. pro Paar, für Käufer 40 M. Handel lebhaft. Nächster Markt am Mittwoch, 1. Juni. — Ettlinger Schweinemarkt vom 25. Mai. Zufuhr: wurden 37 Ferkel und 95 Käufer. Verkauf wurden alle Ferkel, Paar 28—30 Mark, verkauft wurden 62 Käufer, Paar 30—36 M. Nächster Schweinemarkt am 1. Juni, 7 Uhr. — Bruchweiler Schweinemarkt vom 25. Mai. Angefahren wurden: Milchschweine 104, Käufer 48. Verkauf wurden: Milchschweine 80, Käufer 36. Höchster Preis: Paar Milchschweine 29, Käufer 45, häufigster Preis: Paar Milchschweine 26, Käufer 40, niedrigster Preis: Milchschweine 24, Käufer 35 M.

## Jugend

### Ablenkung durch Spiel und Sport

Vor einigen Tagen brachte die Arbeiterzeitung unter obiger Überschrift einen Artikel über das JdA-Jugendtreffen in Freiburg. Sie schrieb u. a.: „Die JdA-Jugend führte Pfingsten in Freiburg ihr Gaujugendtreffen durch. Von ganz Baden und Württemberg waren einige hundert Jugendliche gekommen. Dieses gewaltige Treffen wurde vom JdA mit großen Geldmitteln finanziert. Alle erwerbslosen Jugendlichen bekamen freie Fahrt und außerdem 5 Mk. Jugendliche bis zu 17 Jahren brauchten keine Teilnahmekarte zu besorgen.“

Wer 2 Jugendliche für den JdA gemorben hatte, brauchte ebenfalls die Fahrt nicht zu bezahlen. Dennoch der häufige Besuch. Das ganze Jugendtreffen war nur auf Unterhaltung und Spiel eingerichtet. Am Sonntag Führung durch die Stadt, Berufswettkämpfe, Sportkämpfe, Gruppenfahrt ins Schwarzwald.“

Als Jugendmitglied des JdA Ortsgruppe Karlsruhe will ich dieser Ausbeutezeitung erwidern, daß über 600 Jugendliche nach Freiburg gekommen sind und darauf sind wir stolz. Stolz in diesem Bewußtsein, daß sich in der heutigen schweren Zeit noch solche eine Anzahl Jugendlicher, darunter sehr viele Arbeitslose, sich zusammengefunden hat. Mit den größten finanziellen Opfern sind diese Jugendlichen nach Freiburg gekommen. Daß wir Jugendliche oder unsere erwerbslosen Kollegen freie Fahrt und 5 Mark zur Verpflegung bekommen haben, weiß ich als Schwindel der Arbeiterzeitung zurück. Mit Ausnahme von Mannheim, die einen kleinen Zuschuß gaben, sind alle Jugendlichen der anderen Ortsgruppen auf ihre eigene Rechnung nach Freiburg gekommen. Respekt vor dieser Jugend, die noch sozial Idealismus in sich hat. Viele unserer Jugendkollegen und -kollegen, in deren Familien auch große Not herrscht, haben schon über ein halbes Jahr zuvor jeden Pfennig zusammengeparnt, um zwei Tage dem alljährlichen harten Kampf ums Dasein zu entziehen und sich mit anderen Berufskollegen bei Spiel und Sport zu erfreuen. Wie viele mögen es gewesen sein, die mit einem Stück Brot im Brotbeutel und 50 Pf. in der Tasche nach Freiburg gekommen sind? Sicherlich nicht wenige.

Von einer Ablenkung durch unsere Gewerkschaftsführer auf Spiel und Sport kann gar keine Rede sein. Das Programm des Jugendtages hat die Jugend selbst aufgestellt. Die kurzen aber inhaltreichen Worte des Jugendleiters aus Württemberg haben besser gemittelt, als die hohlen Phrasen der KPD- und SPD-Führer, die damit ihre Leute halten wollten. Die Arbeiterzeitung empört sich darüber, daß man den kommunikativen Jungarbeitern, die bei unserer Arbeiterzeitung Flugblätter verteilen wollten, die Flugblätter abgenommen hat. Dies ist mit Recht unter allgemeiner Zustimmung der Jugendlichen geschehen.

Am Schluß des Artikels fordert die Arbeiterzeitung etwas von einer Einheitsfront. Darauf will ich erwidern, daß wir Jugend vom JdA in einer Einheitsfront sind, aber nicht in der Einheitsfront, die den Faschismus offensichtlich unterstützt und die die sozialistischen Jungarbeiter hinterlistig überfallen und niederstoßen (siehe Leipzig). Wir Jugend sind in der Eiferen Front und kämpfen Schulter an Schulter mit der SPD, den freien Gewerkschaften, den Arbeiterparteiern und dem Reichsbanner. Wir kämpfen weiter gegen dieses faule kapitalistische System, um eine Besserung des Proletariats herbeizuführen und ich rufe den unorganisierten Jugendlichen zu: Tretet ein in die freie Gewerkschaft, dem Zentralverband der Angestellten. Und so kämpfen wir weiter um unsern Ziele, dem Sozialismus, entgegen. Ludwig Kaufsch.

## Letzte Nachrichten

### Simaitis zurückgetreten

MEMEL, 26. Mai. Wie das Memeler Dampfboot meldet, hat Landespräsident Simaitis heute vormittag dem Gouverneur des Memelgebietes, Golos, das Rücktrittsgesuch des Memelbirektoriums überreicht. Golos hat das Rücktrittsgesuch angenommen und Simaitis beauftragt, die Geschäfte so lange weiterzuführen, bis er einen neuen Präsidenten ernannt haben wird.

### Abkommen über die amerikanischen Befugungskosten

WASINGTON, 27. Mai. Nach Blättermeldungen aus Washington hat der deutsche Botschafter gestern ein deutsch-amerikanisches Abkommen unterzeichnet, das die Zahlung von sechs Millionen Dollar in zehn Jahren mit 4 Prozent Zinsen durch Deutschland vorsieht. Bei diesen sechs Millionen Dollar handelt es sich um die durch das Hoover-Memorandum aufgeschobene Jahresrate für die Kosten der amerikanischen Befugungsarmee im Rheinland.

### Englisch-amerikanische Vereinbarung

LONDON, 26. Mai. (Eig. Draht.) Die amerikanische und englische Regierung werden in den nächsten Tagen eine Vereinbarung zur Regelung der Nachzahlungen der während des Hoover-Memorandum aufgeschobenen Annuitäten der englischen Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten unterzeichnen. Die Regelung erfolgt auf der Basis eines vierprozentigen Zinsfußes. Die Nachzahlungen sollen sich über die nächsten 10 Jahre erstrecken, in denen infolgedessen außer den bereits feststehenden Summen jeweils drei Millionen Pfund von England zu zahlen wären.

Diese Vereinbarung ist eine reine Formsache. In ähnlicher Weise wurden im letzten Sommer Abmachungen getroffen, wie die während des Feterjahres suspendierten Reparationsabnahmen erledigt werden sollen. Damals wußte man bereits, daß es zu diesen Nachzahlungen nicht kommen würde. Ebenso handelt es sich bei der amerikanisch-englischen Vereinbarung um einen rein formalen Vorgang.

### Neue Regierung in Griechenland

ATHEN, 26. Mai. (Eig. Draht.) An Stelle der zurückgetretenen Regierung Venizelos ist am Donnerstag ein Kabinett Panagarakis getreten. Panagarakis ist der Gründer und Führer der republikanischen Union. Er war bereits im Jahr 1924 Ministerpräsident. Unter seiner Führung wurde damals von der sterken griechischen Nationalversammlung die Republik ausgerufen.

Der 4. Juli 50 Pf. die Seite Vereinsanzeiger Der 5. u. mehr Seiten 60 Pf. die Seite Vereinsangelegenheiten haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, oder werden aus Platzmangel zurückgelassen.

- Karlsruhe.**
- Naturfreunde. Heute, 20 Uhr, Monatsversammlung. 2984
- Ufa. Kranken- u. Sterbefälle d. Metallarbeiter (VdM). Wir machen auf unsere diesjährige, am Samstag, den 28. Mai, abends 8 Uhr im „Volkshaus“ stattfindende Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung aufmerksam und bitten um zahlreiches Erscheinen. 2974 Die Ortsverwaltung.
- Kassalla. Unsere aktiven und passiven Mitglieder bitten wir, die bestellten Theaterkarten heute abend ab 8 Uhr im Vereinslokal abzuholen. Ebenso haben uns noch eine Anzahl Konzertkarten & 50 Pf. zur Verfügung. 2982
- Naturfreunde Unterbezirk Karlsruhe. Sonntag, den 29. Mai, anlässlich der Grünungsfeier der Ortsgruppe Reichenbach, Wanderung nach der Barbarapelle. Treffpunkt 10 Uhr dortselbst. Nachzügler Treffpunkt 18 Uhr Reichenbach. Auch alle übrigen mitteilbadiischen Ortsgruppen sind herzlich eingeladen. 2981
- Reichenbach. Naturfreunde. Am 29. Mai veranstaltet obengenannter Verein seine Grünungsfeier verbunden mit Gartenfest im Lokal „Zur Sonne“, wozu alle Freunde und Gönner freundlichst eingeladen werden. 502

## Gleichnis

Einft las ich in der Schule die Legende Von jenem neunmal klugen Schulse Hoppe, Der vorgab, wir er nur erst mal Regente Zu wissen, wie man Not und Elend stoppe.

Er sende Sonnenschein und sende Regen, Ganz wie die Leute es verlangen, Und allem Volk würd' er zum Segen — Wer es nicht glaubt, geb' er gebangen.

Da macht ihn Gott der Herr zum Meister Des Welters. Und nach eigenem Ermessen Schick er zur Erde Sonn' und Regeneister. Jedoch den Wind hat er verassen.

Die Halme wuchsen und das Land engült Durch seine Pracht, die keines Goldes Raub. Doch als zur Ernte man sich bückte, Da waren alle Aecker toub.

Nun schwohen der Enttäuschung Wogen Und Schulse Hoppe ward gerichtet. Allein das Volk, das war betrogen Und seine Ernte blieb vernichtet.

e. st.

## Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungssachen. 24. Mai: Emilie Münch, alt 43 Jahre, Witwe von Wilhelm Münch, Kaufmann. Beerdigung am 27. Mai, 12 Uhr Feuerbest. — 25. Mai: Adolfin Reimner, alt 60 Jahre, Beerdigung 27. Mai, 11 Uhr. Theresia Roszett, alt 59 Jahre, Witwe von Johann Roszett, Lokomotivführer. Beerdigung am 27. Mai, 14.30 Uhr.

## Die Pflicht

gebetet den Parteilosen, nur in den Geschäften zu kaufen, die im Volksfreund inserieren. — Beruf sich dabei auf eure Zeitung!!

## Friedr. Söpper

Kaust. Lotterien-Gewinnnehmer der preuß.-sächs. Klassen-Lotterie Karlsruhe, Reichenbachstr. 3a. Ed. Rappaport Straße. Telefon 6286. Hll. Gg.-Friedrichstr. 25. 348 000 Gewinne. 2 Prämien zu je 500 000 RM. 100 Schlüsselprämien zu je 3000 RM. Spielpl. 114 260 100 31 RM.

## III. Klasse Ziehung:

15. und 16. Juni. Schluß der Erneuerung Mittwoch, den 8. Juni.



Größte Auswahl

auffallend billig

**Bademantelstoffe**

**Bademäntel**

**Frottierwäsche**

**Leipheimer & Mende**

